

Volkswacht

für Schlessien, Posen und die Nachbargebiete.

Organ für die werktätige Bevölkerung.

Die „Volkswacht“ erscheint wöchentlich 4 Mal und ist durch die Expedition, Postamtstraße 54, und durch Adressaten zu beziehen. Preis vierteljährlich M. 1.50, bezw. halbjährlich M. 3.00, frei ins Haus M. 3.50, wo keine Post am Orte, M. 4.00.

Beilagengebühren: Für die Zusendung eines Beiblattes (z. B. „Der Arbeiter“) werden 10 Cts. pro Beiblatt berechnet. Die Beilagen sind durch den Postboten zu beziehen.

Telephon Redaktion 3141.

Telephon Expedition 1206.

Nr. 165.

Breslau, Dienstag, den 15. Juli 1913.

24. Jahrgang.

Der III. Sozialdemokrat,

der am Freitag aus dem Willen eines überwiegend ländlichen Wahlkreises heraus zum Abgeordneten geführt wurde, findet in der Presse aller Parteien lebhafteste Aufmerksamkeit und schmerzliche Kritik sich in die Betrachtungen die gedämpfte Totenklage über die konservativen Herren Krüger und Derken, die ihre jahrelang innegehabten Sitze im Reichstage verlassen müssen und als Wahlflecken das Schlachtfeld befechten. Der „Vorwärts“ bejubelt den Wahlsieg, indem er schreibt:

„Genosse Ewald ist gewählt und der hundredste Sozialdemokrat in den Reichstag ein! Ein erfreuliches Zeichen für die Werbekraft unserer Ideen und ein verdienstvoller Lohn für die ständige Agitationsarbeit, die von unseren Genossen geleistet worden ist, ist diese Wahl. Ein Menschenalter beinahe hat die Sozialdemokratie um dieses Mandat gerungen, immer wieder hat Genosse Ewald als Kandidat der Arbeiterpartei für unsere Sache gekämpft, nun endlich flattert die rote Fahne auch über diesem Kreis. Der Sieg wird ein Ansporn sein, die Organisation noch weiter auszubauen, um auch auch auch Belgien immer mehr zu einem sicheren Besitz der Sozialdemokratie zu machen.“

Die Sozialdemokratie ist imstande gewesen, noch Reserven für die Stichwahl heranzuziehen. Auch daß die ungeschickliche Fernhaltung der Wähler von Belgien befristigt werden mußte, ist ihr zugute gekommen. Aber auch ein erheblicher Teil der Fortschrittler hat sozialpolitische Energie aufgebracht, um gegen den Freikonkurrenzverfall zu stimmen. Diese Stimmen waren ausreichend, um die feige Haltung der Nationalliberalen dieses Wahlkreises wettzumachen, die lieber die Partei des schlimmsten Scharfmachers- und Wundertums stärken wollten und sich zwecklos eine neue Siamese-Gasse gezogen haben. Die Aufgabe unserer Genossen wird es sein, alles daran zu setzen, um in der Zukunft auch aus eigener Kraft das Mandat behaupten zu können.“

Etwas anderer Meinung über die Haltung der Fortschrittler ist die „Leipziger Volkszeitung“:

„Die sozialdemokratischen Stimmen sind um rund 8400 gestiegen, die konservativen dagegen um mehr als 6100. Das heißt, der bei weitem größte Teil der Fortschrittler hat — der eigenen Parteiparole unwidrig — für den Konservativen gestimmt. Von den 8400 Stimmen, um die Ewalds Wählerzahl gestiegen ist, kommt der bei weitem größte Teil aus eigenen Reihen, nur ein bescheidener Teil beruht auf der Unterstützung der Fortschrittler. Es ist nötig, auf diese Tatsachen, die sich bei fast jeder Nachwahl wiederholen, hinzuweisen.“

Als Zeichen der Volksstimmung im Jubiläumsjahre ist von der Sieg von Jüterbog hochwillkommen. Die herrschenden Klassen, die behaupten, das ganze Volk habe dringend die Militärvorlage verlangt, haben jetzt die Duldung für ihr unverschämtes Schwindeln. Und diese Duldung besteht in einer kräftigen Ohrfeige.“

Die „Leipziger Volkszeitung“ bekennt sich auch zu dem Grundsatze, daß es sich lohne, einen ruppigen Junter durch ein kleineres Übel zu werfen. Sie schreibt:

Die sozialdemokratischen Wähler in Salzwehler sind also der Parole der Partei Stamm gefolgt. Der gewählte Dr. Böhm ist freilich Agrarier wie Krüger und hat zudem 1909 eine etwas schnellere Wandlung vom Antisemitismus zum Nationalismus durchgemacht, so daß seinem Liberalismus nicht allzuviel zu trauern ist, selbst wenn man den Liberalismus nur im national-liberalen Sinne versteht. Aber gegen Krüger ist ein Dr. Böhm immer das kleinere Übel. Daß es gelungen ist, einen der ruppigsten Junter zu werfen, der die Arbeiterbewegung immer mit seinem speziellem Dasse beschützt hat, das darf immerhin mit Befriedigung vermerkt werden.“

Die Wichtigkeit dieses Grundsatzes ist hier und da angezweifelt worden, wenn es sich z. B. darum handelte, den Major Strosser mit einem liberalen „kleinerem Übel“ zu flürzen.

Verhältnismäßig zufrieden ist die demokratische „Berliner Volkszeitung“, nur den national-liberalen „Vinken“ traut sie nicht über den Weg:

„Mit dem sozialdemokratischen Wahlsiege im märkischen Reichstagswahlkreise durch Belgien ist den Parteien der Rechte oberhalb ein Wahlkreis entzogen worden, der viele Legitimationsverluste hindurch zu ihrem früheren Besitz gehörte. Es ist daher doppelt bemerkenswert, daß dieser rein ländliche Wahlkreis (die größte Stadt, Belgien, zählt 10.000 Einwohner) in sozialdemokratischer Besitz überging, und es ist ebenso erfreulich, daß sich eine genügend große Zahl von freisinnigen Wählern fand, die die für den aufrichtig Liberalen einzig richtige Parole befolgte und durch ihr Eintreten für den sozialdemokratischen Kandidaten Ewald die national-liberale Bestätigung für Herrn v. Derken zu stimmen, vermochte.“

Wie die vorgestrichene Wahl in Salzwehler-Garlitz, so zeigt die Wahl von Belgien, daß man im Volke, und selbst in ländlichen Wahlkreisen, von den landbesitzenden Agrariern, von der Partei des hinter dem „Familienfremd“ sich verbergenden krossen Spötters nichts mehr wissen will. An zwei Tagen löst Niederlagen der Reaktion, nachdem kurz vorher die Wahl in Malsb. ebenfalls mit dem Siege der Vinken beendet hatte — das ist gute Arbeit!

Mit diesen drei Wahlen hatten wir nun eine vierstellige Mehrheit der Vinken, wenn — die Nationalliberalen — die Vinken hätte. Das man aber von dieser Fraktion zu erwarten hat, das haben die Nationalliberalen wieder einmal gezeigt, als sie in Belgien der Vinken in den Rücken fielen. Es war immer ihnen erlaubt, Liberalismus zu geben, aber sie können gegen die Friedebereit und die Demokraten mit dem großen Portemonnaie nicht an. Umso mehr muß man von den Wählern der Volkspartei im ganzen Reihe für die Vinken Partei erwarten, daß bei ihnen in immer höherem Maße die Erkenntnis durchdringt, daß der Wahl zwischen einem Konservativen und einem Sozialdemokraten dem Rückwärts nicht eine Stimme rechts der Vinken das Volke!

Die Abchlachtung der Balkanvölker.

Von einer erfolgreichen Friedensvermittlung unter den verkümmerten Völkern ist heute kaum noch die Rede, die gewedte Mutglie läßt sich nicht mehr hemmen und mütend stürmen die Sieger hinter den zerfallenen Heeren der sächlichen Bulgaren her. Diese wieder haben auf ihrem Rückzuge ihrer Erbitterung christlich Lust gemacht, indem sie die Priester des verhassten griechischen Patriarchats nebst ihren gläubigen Anhängern, ja sogar Frauen abschlachten. Haben wie drüben findet ein Gemekel statt, wie es die reißendsten Tiere der Wildnis nie verübt haben — Christen gegen Christen, Slawen gegen Slawen, Menschen gegen Menschen bringen das fertigt! Das ist die reinigende, veredelnde Wirkung des Krieges, die unsere Heppatrioten und Militaristen nicht genug rühnen können. Ein Grausen überfällt einem, wenn man die Nachrichten vom Kriegsschauplatz liest.

Neue Niederlagen der Bulgaren.

Belgrad, 13. Juli. Bei Egri Palanka wütet seit drei Tagen ein heftiger Kampf. Das bulgarische Heer machte die verzweifeltsten Anstrengungen, die Serben zurückzudrängen, die den Weg nach Sofia bedrohen. Der Kampf wurde auf beiden Seiten mit großer Erbitterung geführt. Trotz heldenmütiger Tapferkeit der bulgarischen Truppen konnte sie gegen die serbische Übermacht, die stets frische Verstärkungen erhielt, nicht standhalten.

Bombon, 13. Juli. Vier vorliegende Telegramme vom Kriegsschauplatz melden, daß die Serben ihren Vormarsch auf bulgarischem Gebiete ungehindert fortsetzen. Sie sind bereits über die Stadt Küstendil hinaus vorgedrungen sein. Auf diese Weise wäre die direkte Eisenbahnlinie nach Sofia in ihren Besitz gelangt.

Belgrad, 13. Juli. Alle offiziellen Nachrichten besagen, daß die fliehenden Bulgaren auf der Linie Talschar-Madowitsch von den Serben verfolgt werden. Die Bulgaren fliehen in großer Hast nach Osten unter Verlusten von Toren und Vermunzten.

In die Flucht geschlagen.

Belgrad, 13. Juli. Die serbischen Truppen verfolgen, seitdem sie den Feind von Eszettsch vertrieben haben, die Bulgaren in ihrem eigenen Lande weiter, wobei die serbische Kavallerie den Feind abermals überraschen konnte. In Mazedonien fliehen die Bulgaren gegen Beltschiro und versuchen bei Egri Palanka vergeblich, Widerstand zu leisten.

Rumänen und Türken in Bulgarien.

Bukarest, 13. Juli. Nach dem Einmarsch der rumänischen Truppen in Silistria stellte sich die bulgarische Behörde dem rumänischen Kommandanten vor und gab die Erklärung ab, daß sie von der bulgarischen Regierung in Sofia den Befehl erhalten hätte, die Stadt zu übergeben. Der Kommandant der rumänischen Okkupationstruppen erließ eine Proklamation des Inhalts, daß er im Namen des Königs Carol die Stadt in Besitz nehme. Auch der weitere Vormarsch der rumänischen Truppen erfolgte rasch und ohne Widerstand zu finden. Die rumänische Armee wird von der nichtbulgarischen Bevölkerung des besetzten Landes überall mit Jubel begrüßt.

Wien, 13. Juli. Das Wiener R. R. Teleg.-Bureau meldet aus Konstantinopel: An unterrichteter türkischer Stelle wird erklärt, daß die Verhandlungen mit dem bulgarischen Unterhändler Matfemitsch offiziell abgebrochen worden sind und daß Matfemitsch unverzüglich abreisen wird. Die Porte hat dem Generalissimus Faset Pascha ein Telegramm geschickt, das im Sinne der Funktionäre den Beschluß des Ministerrates, der den Generalissimus ermächtigt, alle nötigen Maßregeln zu ergreifen, um das der Türkei gehörige Gebiet zu besetzen.

Christen gegen Christen.

Wien, 12. Juli. Der Kommandant der siebenten Division meldet dem Generalquartier telegraphisch, daß die Stadt Serzes gänzlich mit Ausnahme der muslimanischen Stadtviertel eingäschert worden ist. Der jüdische Darat ist vollständig verbrannt. Unzählige Frauen und Kinder sind ermordet oder verbrannt in den Häufen aufgefunden worden. In der Stadt herrscht Mangel am notwendigsten Brot. Die dringlichsten Maßnahmen für die obdachlosen 20.000 Einwohner sind getroffen worden. Ein ausführliches Komminiqués des Kriegsministeriums berichtet Einzelheiten über die schrecklichen Verbrechen, die die bulgarischen Truppen auf der Flucht vor der griechischen Armee begangen haben. Tausende Weiber, Frauen und Kinder sind zu Tode gemartet worden. Nach den letzten Niederlagen haben sich die Bulgaren fergend, brennend und raubend zurückgezogen und selbst keine Kirche verschont. Die von den bulgarischen Offizieren und Soldaten geraubten Wertstoffe konnten bisher nicht festgestellt werden. In Strumitza waren schon 16 Mobschmanen ermordet, als die Griechen eintrafen und den Rest der Stadt in Schutt und Asche versetzten.

Berlin, 13. Juli. Der hiesigen griechischen Gesandtschaft ist ein Telegramm des Königs Konstantin gegangen, in dem er den Bericht des Kommandanten der sechsten Division mittelt, wonach in Demirhiszar auf Befehl eines bulgarischen Hauptmanns die Gendarmen im Vorhof der bulgarischen Schule den griechischen Metropolitan, zwei Priester und über hundert Notabeln niedergestellt gemacht habe. Die Leichen wurden nach der Einnahme der Stadt ausgegraben und die verübten Verbrechen festgestellt. Außerdem hatten die Bulgaren Frauen, sobald sie Widerstand leisteten, abgeschlachtet. Der König protestiert bei den Vertretern der Kulturmächte und bei der zivilisierten Welt gegen die unmenschlichen Taten dieser Ungeheuer, dieser „Scheusalen in Menschengestalt“. Er erklärt, er werde zu seinem Verdauern genötigt sein, Repressalien zu ergreifen, umurch einzuflößen. Die Bulgaren stellen die grausamsten Verbrechen aller barbarischen Eroberer in den Schatt. Die Bulgaren seien „unwürdig, zu den zivilisierten Völkern gezählt zu werden“.

Sofia, 13. Juli. Gegenüber den offiziellen von griechischer Seite verbreiteten Anschuldigungen, daß die Bulgaren Massaker und Brandstiftungen auf ihrer Flucht verübt haben, wird festgestellt, daß die griechischen Truppen die bulgarischen Städte Kolutsch und Doiran mit ihrer Umgebung, wo sich zahlreiche bulgarische Flüchtlinge befanden, in Brand gesteckt haben sollen.

Der Empfang der Gefangenen.

Belgrad, 11. Juli. Die gefangenen Bulgaren zogen lautlos und von der sie begaffenden Menge bemitleidet, durch die Gassen. In der ehrwürdigen Festung nehmen sie jetzt die Plätze der Türken ein, um die dieser Krieg entbrannt ist. Aber Weiber werden auch hier zu Hyänen. Den bulgarischen Kommandanten mußten Gendarmen schämen, damit ihn nicht der verächtliche Waffenschon vom Leibe und in die Gasse stießen wurden. In nich haben empörte Frauen, die tags zuvor die verblüfftesten serbischen Krieger einschleusen sahen, die bulgarischen Offiziere angestrichelt. Wütende Leidenschaft feierte Orgeln mit der blutgierige Löwe sein Opfer geretzt. — In Belgrad ist es zu solchen Szenen nicht gekommen. Hier ist man nicht von der Außenwelt abgeschnitten, hier sind die Leidenschaften gedämpft.

Danew verteidigt Bulgarien.

Sofia, 12. Juli. In dem Sobranje erklärte Ministerpräsident Dr. Danew, das gegenwärtige Kabinett sei stets ein Anhänger des Friedens gewesen. Die Regierung habe den Schiedspruch des russischen Kaisers, sowie die Teilnahme an der Konferenz der Römisch-protestantischen Staaten in Petersburg angenommen. Als die Konflikte entstanden, war die Regierung der Meinung, daß es sich um Grenzgegenstände handle und bemühte sich, sie nicht zu einem Kriege auszuwaschen zu lassen. Wenn man uns bei dieser Sachlage den Krieg erklärt unter dem Vorwande, wir hätten ihr herangezogen, so ist dies vollkommen ungerechtfertigt. Unsere Beziehungen zu Rumänien waren die ganze Zeit über freundschaftlicher Art. Während des Befreiungskrieges gegen die Türkei blieb Rumänien neutral, verlangte aber als Ausgleich für die Folgezeit eine Vertichtigung der Grenzen in der Dobruddschaja und die Anerkennung gewisser Privilegien für das rumänische Element in Mazedonien. In dem gegenseitigen Einverständnis, ihre Freundschaft auch in Zukunft zu bewahren, griffen die beiden Regierungen auf die Initiative eines Großmächts zurück, deren Ergebnis das Petersburger Protokoll war, und welches sich auf die Einberufung der Konferenz in Bulgarien gründete. Serbien schuf, indem es sich zur Auslösung des Bündnisvertrages weigerte, Komplikationen, welche gegen unseren Willen die gegenwärtigen Konflikte herbeiführten. So wurde denn Bulgarien gezwungen, seine Erwartungen zu verteidigen. Die bulgarische Regierung kann keinen Umstand erkennen, welcher den Einbruch der rumänischen Truppen in Bulgarien gerechtfertigen könnte, so bedauerlich dabei, indem sie es die bisher zwischen den beiden Völkern bestehenden Beziehungen denkt, die rumänischen Maßnahmen als ungerechtfertigt und glaubt, daß Rumänien, welche Entschädigungen auch diese Maßnahmen hätten haben, in seinen Entschlüssen nicht hätte bis zum Ausbruch gehen dürfen. Sie lehnen alle Verantwortung ab und erheben unter diesem Beschuldigung, welcher zugleich auch der Gesandtschaft des römischen Konsuls in Sofia, daß unser Recht überall anerkannt wird. Wir sind entschlossen, auf dieser Stellung bis ans Ende zu bestehen.

Reis Friede.

Belgrad, 13. Juli. Die der Korrespondent des „Dobro-angeizer“ von informierter Seite erzählt, haben die Gesandten der Antantemächte auf bringendes Ersuchen Bulgariens die Verhandlungen wegen der Einstellung der Feindseligkeiten und Annäherung von Friedensverhandlungen angefragt. In einer darauf abgehaltenen Ministerratssitzung wurde beschlossen, zu antworten, Bulgarien möge sich direkt nach Sofia wenden, die Kriegsverhandlungen können sich nicht länger fortsetzen, bevor nicht ein bestimmtes Einverständnis zustande gekommen ist und Bulgarien Garantien gegen künftige Verletzungen der eingegangenen Verpflichtungen gestellt habe.

Wien, 13. Juli. Die griechische Regierung antwortete auf den Antrag der Antantemächte wegen Verhandlung von Friedensverhandlungen, der Friede werde auf dem Balkan nicht abgeschlossen werden.

lassen das Band folgt von der linken Seite ihrer deutschen Manneskraft im Winde flattern. Der Eisenbahnminister kann mit seinem Privatleben zufrieden sein. So lange sich die Eisenbahnbediensteten mit folchem Spielzeug vergnügen, braucht er ihre Forderungen nicht zu fürchten.

Das Einkommen der Aerzte.

Von ärztlicher Seite werden gegenwärtig allseitige Angaben über die Einkommensverhältnisse der Aerzte veröffentlicht, die alle ein Schulbeispiel von Interessenten-Statistik bezeichnen werden können. Die Feststellungen basieren angeblich auf amtlichem Material, lassen aber eine sehr mangelhafte und einseitige Verarbeitung auf den ersten Blick erkennen. Es wird herausgerechnet, daß 4 bis 8 Prozent aller Aerzte ohne Subsidienmittel sind. Ferner haben angeblich 50 Prozent ein Einkommen, das die Höhe von 8000 Mark nicht erreicht und 75 Prozent kommen nie zu einem Einkommen von 8000 Mark und darüber. Man kann natürlich über die Frage, ob sich mit einem Einkommen von 8000 Mark leben läßt, sehr verschiedene Meinungen sein. Was z. B. in der Provinz und vor allem an kleineren Orten als respektables Einkommen gilt, muß in der Großstadt als knapp ausreißend bezeichnet werden. Ungeklärt ist in die erwähnte Statistik das Einkommen der Univeritätsprofessoren und das Einkommen aus ererbtem oder ererbtem Vermögen einbezogen. Eine solche Statistik ist natürlich ohne jeglichen Wert für die Beurteilung der beruflichen Verhältnisse. Sie erweckt lediglich den Eindruck, als ob in Wahrheit noch viel härter bestellt wäre, als es auch nur die geringsten Beweise zu erbringen. Wenn man die wirtschaftliche Lage des Arztstandes richtig beurteilen will, so muß man dies in der Weise tun, daß man das Einkommen aus der Berufstätigkeit ermittelt und in Vergleich setzt zum Einkommen anderer akademischer Berufe. Es muß ferner eine weitgehende Differenzierung nach Altersklassen eintreten, denn man kann doch unmöglich den Assistenten, der zu seiner weiteren Ausbildung in einer Klinik arbeitet, dem Arzt mit eigener Praxis gleichstellen. Würde man diese Methode bei den Juristen anwenden, so würde man feststellen müssen, daß alle Referendare und unbesoldeten Assessoren „ohne Subsidienmittel“ seien. Das gleiche würde sich bei den Regierungs-Beamten und zum Teil auch bei den Philosophen ergeben. Die Statistik hat im vorliegenden Maße zweierlei Aufgaben. Sie soll die Abiturienten der höheren Lehranstalten von dem medizinischen Studium fernhalten und dann soll sie bei den Krankenkassen Stimmung machen für freie Arztwahl, Erhöhung der Taxen etc. Aus diesen Gründen erklärt es sich, daß sie die Lage des Arztstandes trüber schildert, als sie jedenfalls in Wirklichkeit ist. Durch Verringern des Nachwuchses wird sich eine wirtschaftliche Gebung des ganzen Standes schließlich erreichen lassen, denn nicht die wachsende Konkurrenz allein ist daran schuld, wenn es diesem oder jenem Arzt nicht gerade glänzend geht. Die jetzt vorhandene Anzahl von Ärzten entspricht in verschiedenen Ländesteilen noch nicht einmal dem Bedarf. Der Zug nach der Großstadt hat allerdings in Berlin und anderwärts eine gewisse Ueberfülle und zu große Konkurrenz geschaffen. Daran sind aber die Betroffenen selbst schuld. Auch in den anderen akademischen Berufen kann sich jeder seinen Wirkungskreis nach Belieben ausdehnen. Einen unleugbaren Schaden bildet der schlechte Eingang der Honorare. Die Arztrechnung wird selbst in besser situierten Kreisen ungläubig lange unbezahlt gelassen. Dieses Unwesen, mit dem auch der Handwerkerstand schwer zu kämpfen hat, kennt zum Beispiel der Rechtsanwalt, der nur gegen Voranschub arbeitet, nicht. Hier ließe sich aber gegenüber den wohlhabenden Patienten durch solidarische Vereinbarungen über Vorschub etc. und im Verkehr mit den weniger bemittelten Kreisen durch tätige Hilfe am Ausbau des Versicherungswesens Abhilfe schaffen. Auch die Gewöhnung ärztlicher Behandlung auf Kosten der Armenklasse müßte noch bedeutend erweitert werden. Jedenfalls wird der Arztstand durch tätige Anteilnahme an den sozialen Bestrebungen unserer Zeit und durch nachhaltige Unterstützung sozialer Forderungen zu einer Besserung seiner wirtschaftlichen Lage wesentlich beitragen können.

Die Einnahmen der Reichsversicherungsanstalt betragen gegenwärtig jährlich 180 Millionen Mk. Danach machen die Verwaltungskosten nur etwa 11 Prozent aus gegenüber 7-8% bei der privaten Lebensversicherung und bei der Unfallversicherung. Sie sind außerordentlich niedrig und werden auch später, wie mit Sicherheit angenommen werden darf, bei der Begründung zu dem Gegenstandspunkt in Aussicht genommenen Beitrag von 2% nicht wesentlich übersteigen.

Wie hoch sind nun diese Ausgaben im einzelnen? Darüber geben die „Berl. Neuesten Nachr.“ Aufschluß. Sie schreiben: „Der Aufwand der Reichsversicherungsanstalt für die Angestelltenversicherung an Verwaltungskosten erreicht in ihrem diesjährigen Haushaltsplan die Summe von 1.848.000 Mark, obwohl die Anstalt noch in den Anfängen der Organisation steckt und erst aufgebaut werden muß. Es entfallen auf die Verwaltung des Direktoriats und der höheren Beamten 155.000 Mark, Besoldung der übrigen in acht Klassen eingeteilten Beamten und Beamtinnen 800.000 Mark, Besoldung der vorübergehend Beschäftigten Hilfsarbeiter und Hilfsarbeiterinnen 230.000 Mark, Besoldung der höheren Beamten des Rentenausschusses 11.400 Mk. für außerordentliche Dienstleistungen (Nebentun) 88.000 Mk., Gratifikationen und Unterstufungen 23.000 Mk., Zagegelber und Aufwandsentschädigungen der Beamten 30.000 Mk., Porto, Schreibmaterial, Miete usw. 311.800 Mk., Reisekosten und Postauslagen der Verwaltungsbeamten 158.000 Mk., für den Verwaltungsrat 10.000 Mk. Für das Beitragsverfahren, das sich aus Ausgaben für Druckkosten und Karten, aus Ueberwachungskosten, Ausstellung von Marken und aus den Kosten des Vollstreckungs- und Bankverkehrs zusammensetzt, sind 488.000 Mk. vorgesehen.“ Diese vielen Hunderttausende verschlingen also allein der Verwaltungsdienst der Angestelltenversicherung. Je weiter die Anstalt fortschreitet, um so größer werden naturgemäß die Aufwendungen noch werden. Und da bei der Leistung der Beiträge zu dieser Versicherung auch die Unternehmer beteiligt sind, so ist die Klage der Mitter, wie die „Berl. Neuesten Nachr.“ verständlich. Aber um so verwunderlicher ist es, daß das Blatt erst jetzt, so verpätet, sich den Vorschlag zu eigen macht und vertritt, den die Sozialdemokratie im Reichstage bei Beratung des Gesetzentwurfs mit aller Energie durchzuführen suchte. Das Blatt klagt nämlich: „Ein schwerer, leicht vermeidlicher Fehler war es von den Gesetzgebern, für die Angestelltenversicherung eine eigene Organisation zu schaffen, deren Unterhaltung natürlich vor dem finanziellen Aufbringen des fraglichen Versicherungszweiges unverhältnismäßig viel verbrauchen muß. Man hätte aber damals nicht dem von allen Einkünstigen gegebenen Rate folgen, der dahin zielte, die Angestelltenversicherung an die Arbeiterversicherung anzuschließen. Welche großen Ersparnisse bei einer Handhabung beider Versicherungsgattungen durch dieselben Stellen hätten gemacht werden können, liegt auf der Hand und kann wohl nur von denen gering veranschlagt werden, die sich über ein unverantwortliches Wirtschaften mit von anderen erworbenen Mitteln keine Gedanken machen und den rein politischen Erwägungen den Vortritt vor einem vernunftgemäßen kaufmännischen Rechnen geben.“ Der Vorwurf ist an die Vertreter der regierungstreuen Parteien des Reichstags zu richten, die ja eine einheitliche Versicherung nicht wollten, um so den „neuen Mittelstand“ als einen Sturmbock gegen die Sozialdemokratie zu stärken.

Deutsche Protestnote gegen China. Dem Londoner „Daily-Telegraph“ wird aus Peking gemeldet, daß die deutsche Geschäftsträgerin habe am Mittwoch der chinesischen Regierung eine Note überreicht, in der gegen die Bestimmungen des russisch-chinesischen Abkommens über die Mongolei heftig protestiert wird. Bisher wurde hervorgehoben, daß nach § 9 des Abkommens die russischen Konsuln Machtvollkommenheit haben, mit mongolischen Staatsbeamten oder anderen lokalen Behörden wirtschaftliche Kongressionen für russische Interessen zu vereinbaren, die von den russischen Konsulaten oder in deren Abwesenheit von den Kongressionen selbst kontrolliert werden sollen. Daraus folge, daß Deutschland nicht dieselben Rechte genieße. Am Donnerstag wurde der deutsche Geschäftsträger persönlich beim kaiserlichen Amte vorstellig und stellte die Forderung, dieselben wirtschaftlichen Rechte für Deutschland zu bewilligen.

Die zweiseitige Dienstzeit ist zu lang. Wiederholt sind Soldaten als Hausknecht in Lohnkämpfen verwendet worden. Ein solcher Fall wird jetzt wieder aus Ostpreußen gemeldet. Die Firma Fibelbrandt in Malbuden, die bekannt gibt, daß sie nur mit eigenen unorganisierten Handwerkern Bauten ausführt, läßt auf dem Gut Vendritzen einige Scheunen errichten und beschäftigt dabei 22 Arbeiter von der Pionierbataillon Nr. 18 in Königsberg. Die Soldaten erhalten einen Tagelohn von 4 Mark; davon erhält die Kompanie die Hälfte des Tagesverdienstes, wofür sie das erforderliche Werkzeug zur Verfügung stellt. In Königsberg sind Zimmerer arbeitlos; sie müssen zusehen, wie ihnen hier die Soldaten das Brot wegnehmen. Ein sehr gutes Geschäft macht die Baufirma. Sie soll an Zimmerer 68 Wfg. Stundenlohn und einen Stundenlohn als Wegensschädigung zahlen. Den Pionieren aber gibt sie 4 Mark und dafür arbeiten sie täglich 11 bis 12 Stunden. Infolge ihrer Belagerung, die Lohnsätze der Arbeiter anzuerkennen, gelingt es der Firma nicht, die nötigen Arbeitskräfte zu bekommen. Die Militärverwaltung springt nun bereitwillig ein und stellt die militärischen Hausknecht.

Die Zulassung zur Rechtsanwaltschaft. Auf die Rundfrage, die die Vereinigung rheinisch-westfälischer Anwälte an sämtliche deutsche Rechtsanwälte gerichtet hat, haben sich 8206 Rechtsanwälte für die Einführung von Beschränkungen bei der Zulassung zur Rechtsanwaltschaft ausgesprochen; gegen die Beschränkung haben sich nur 934 Rechtsanwälte erklärt. In dieser Abstimmung nimmt in der „Voss. Zig.“ ein Anwalt Stellung. Er wendet sich ganz entschieden gegen die beschriebene Zulassung zur Rechtsanwaltschaft. Er vertritt, nachzuweisen, daß nicht in der Beschränkung der Zulassung, sondern in der Erweiterung des Tätigkeitsfeldes die Rettung der Anwaltschaft liegt.

Ausland.

Ein Niesenkampf in Loda.

In dem russisch-polnischen Grenzgebiet, in Loda, ist seit zwei Wochen einer jener verzweifelten Kampfe zwischen Kapital und Arbeit im Gange, die, wie ein verheerendes Feuer mit Ullstheilung um sich greifend, sich zu einer Katastrophe im ökonomischen und sozialen Leben auszuweiten drohen. Das Martyrium der Loderer Textilarbeiterzeitung seit einer Reihe von Jahren läßt sich kaum beschreiben. In den Jahren 1905-1906 haben die Loderer Arbeiter mit Feuerlöcher am Ausbau ihrer Gewerkschaften gearbeitet - der Loderer Textilarbeiterverband hatte z. B. 11.000 Mitglieder - und erreichten durch musterhafte Solidarität und Disziplin im Kampfe eine namhafte Lohnerhöhung und allgemeine Besserung ihrer Arbeitsbedingungen. Im Jahre 1907 kam die Rede von Unternehmer-Schutz auf die Abnutzung der politischen Solidarität und der Galtgenstütze, holten die Fabrikanten zu einem vernichtenden Schlag aus eine Niesenausperkung von 40.000 Arbeitern, die sechs Wochen dauerte, sollte die „begehrten“ Arbeiter von ihrem Kampfplatz durch den Hunger auszuweiden. Die durch die politischen Verbände hervorgerufenen, durch die langen Hungerkämpfe hervorgerufene Arbeiterchaft mußte abnutzbar in das dazwischenliegende zwischenschlagen. Selbst beginnt eine außerordentliche Unruhe, die nach und nach die zu wahren Dummheiten ansetzten. Es genügt zu sagen, daß im letzten Jahre der Verdienst monatlich besser gestiegen ist, in den letzten Jahren Loderer Textilarbeiterzeitung 1. D. 3%, bis 8 Rubel, das heißt 1/7, bis 1/11, in der Woche betrug. Durchschnittlich verdienen durchschnittliche Arbeiter 7 bis 8 Wfg. in der Woche, und damit können

mehrköpfige Familien bei der exorbitanten Teuerung aller Lebensmittel auskommen!

Es sollte jedoch noch besser kommen. Im letzten Winter traten zu den Misere der Hungerkämpfe noch die Epidemien der Arbeitslosigkeit. Eine schwere Krise erschütterte die Loderer Textilindustrie. Die Zeitungen gaben die Zahl der Arbeitslosen auf 80.000 bis 90.000 an. Die Not in Loda war entsetzlich, Leute fielen buchstäblich auf der Straße tot vor Hunger. Die „Gesellschaft für schnelle ärztliche Hilfeleistung“ wurde vom Loderer Polizeihauptmann über die Zahl der vorgekommenen Unfälle am 9. März dieses Jahres befragt und antwortete ihm folgendes:

Wir haben die Ehre, folgende von der Mählungstation der Gesellschaft in Loda realisierten Angaben mitzutheilen. Im Januar (des Jahres 1913) wurde schnelle Hilfe bei 119 Unfällen, im Februar bei 832, im März gab es bis zum 9. des Monats, also in neun Tagen, 300 Unfälle. Die einen umfalle bezogen sich auf eingetretene Kriege, die anderen auf volle Kräfteerschöpfung infolge des Hungers, und alle diese Erscheinungen bezogen sich in ihrer Mehrzahl, streng genommen, auf die Arbeitslosigkeit.

Im Mai gab es in der Petersburger Duma eine Interpellation der sozialdemokratischen Fraktion in Sachen des Hungers und der Arbeitslosigkeit in Loda.

Endlich erfolgt im Frühjahr eine Besserung. Auf die Reise folgte eine starke allgemeine Welsung der Geschäfte in der Textilindustrie. Seit Mai-Juni haben die Fabriken in Loda alle Hände voll zu tun. Selbstverständlich beschloßen die Arbeiter, auch sie sich von der guten Konjunktur einigen Nutzen zu ziehen, um wenigstens einen Teil der ihnen seit 1907 entziffenen Lohnaufbesserungen wieder zu erlangen und sich der größten Not zu erwehren. Sie stellten im Juni allgemeine Lohnforderungen, die sich auf 20 bis 25 Prozent Aufbesserungen beliefen, und da die Fabrikanten ein kategorisches Nein entgegenstellten, so trat ein Teil der Arbeiter in der Streik. Nun aber holten die Loderer Kapitalmagnaten abermals, wie 1907, zu einem vernichtenden Schlag aus! auf den Streik antworteten sie mit einer Niesenausperkung. Gegenwärtig sind bereits alle namhaften Fabriken geschlossen; bei Scheibler, Geuer, Kognanski, Kuntner, Krücker, Oeder, Bennich, Kändler, Gebr. Steigert, Finkelsen, Eiserl, Keesenberg usw. (Die Namen zeigen, daß die Fabrikanten vorwiegend deutsche sind.) Im ganzen sind gegenwärtig 40.000 Arbeiter ausgeperkt.

Der Plan der Unternehmer ist klar: die Arbeiter sollen gleich bei dem ersten Versuch, aus dem Elend herauszukommen, eines Besseren belehrt werden. Ihnen soll sofort der Fuß auf den Nacken gesetzt werden, damit sie sich nicht einbilden, den Gewerkschaftskampf und die Organisation wieder aufnehmen zu dürfen. Die gute Konjunktur soll nur der kapitalistischen Wurmstich dienen, für die Arbeiter soll das alte Elend der Arbeitslosigkeit wieder dauern! Das ist der saubere Plan der Loderer Kapitalbarone, die ihre geheimen Beratungen abhalten und wie 1907 solidarisch gegen die Arbeiter vorgehen.

Die brutale Taktik der Unternehmer hat begreiflicherweise unter der Loderer Arbeiterschaft die größte Erbitterung hervorgerufen. Die Erregung wird noch gesteigert durch die Sozialkommien, die auf Wunsch der Fabrikanten Loda überschremsmt haben und die Arbeiter terrorisieren. Die Situation ist so gespannt, daß eine weitere Ausdehnung der Bewegung auf alle anderen Berufe in Loda nicht ausgeschlossen ist. Die Bescheldnerheit der Forderungen der Loderer Textilarbeiter, ihre heldenhafte Ausdauer in den langen Jahren des Kampfes und der Not werden in der gesamten Arbeiterschaft Bolens die lebhafteste Sympathie, während sie die lächerliche Niedertracht der Kapitalprogen aufs äußerste empört.

So stehen wir vor einer gewaltigen Kraftprobe des Kapitals mit schrecklich gepöflten seiner Opfer. Die Ausfühnen der Arbeiter sind bei aller Brutalität der Unternehmer nicht schlecht. Die heisse Zeit der Konjunktur drängt, die Vorräte an fertiger Ware sind gering und gehen rasch zu Ende, den Fabrikanten brennt es auf den Nägeln. Schon haben die Arbeiter in einer Reihe kleinerer Fabriken Kongessionen erhalten. Alles kommt darauf an, daß die große Masse der Ausgesperkten durchbrennt, daß sie nicht durch nackten Hunger gezwungen wird, sich in die schmachliche Niederlage zu schicken.

Zur holländischen Ministerfrage.

Die Königin hat, wie bereits gemeldet, dem freisinnigdemokratischen Abg. Dr. D. Vos die Bildung eines Kabinetts der gesamten Linken, also mit Einschluß des Sozialdemokraten, aufgetragen. Der sozialdemokratischen Partei werden nach diesem Auftrag also sicher ein oder mehrere Minister-Portefeuille angeboten. Die sozialdemokratische Parteileitung hat beschlossen, einen außerordentlichen Parteitag über die Frage des Eintritts von Sozialdemokraten in das Ministerium entscheiden zu lassen.

Ein gut informiertes holländisches Nachrichtenbureau teilt mit, daß eine Konferenz der freisinnigen Parlamentsmitglieder beschlossen habe, nicht an einer Kabinettsbildung teilzunehmen, falls die Sozialdemokraten sich weigern, ins Ministerium einzutreten. Die Freisinnigen seien bereit, den Sozialdemokraten drei von den neuen Ministerlichen einzunehmen. Für zwei dieser Ministerposten seien sozialdemokratische Abgeordnete in Aussicht genommen.

Die Unruhen in Marokko. Wie in Kreisen der Eingeborenen verlautet, werden sich auch die Eingeborenen in der Zone von Tanger den kämpfenden Marokkanern anschließen. Es heißt, daß sie in den blutigen Kämpfen neben die Marokkaner noch die Spanier irgendwelche Vorteile erröcht. Viele aragonesische Marokkaner in Tanger haben Befehnte und Familienangehörige, die sich unter den Spaniern befinden, die Teuan angreifen, und unterstützen diese in jeder nur möglichen Weise, beladens durch Verproviantierung. Die Nachricht, daß eine französische Abteilung unter dem Befehl von spanischen Offizieren gebildet worden sei, hat die Marokkaner zu energischen Vorbereitungen veranlaßt. Da die Spanier aber den Marokkanern keine festen Truppen entgegenstellen können, fürchtet man die Landung internationaler Detachements.

Briefkasten.

Sprecher des Reichstags-Vorsitzenden am 13. 11. 1913. Schriftliche Nachmitt wird mir annehmbar. Die Anhebung hat beim Magistrate Bureau VI, Elisabethstraße, 4, 2, 1. Sie brauchen keine Markten - Leben. Die Anhebung hat beim Magistrate Bureau VI, Elisabethstraße, 4, 2, 1. Sie brauchen keine Markten - Leben. Die Anhebung hat beim Magistrate Bureau VI, Elisabethstraße, 4, 2, 1. Sie brauchen keine Markten - Leben.

Zur Verteidigung des Zentrums in seiner Haltung gegenüber den Deckungsvorlagen läßt sich jetzt auch der viel geschäftige Herr Erzberger hören, der in seiner Korrespondenz alles bestätigt, was wir kürzlich aus der „Schles. Volksztg.“ übergeben. Er schreibt:

- 1. die Sozialdemokratie die Erbschaftsteuer von 1909
 - 2. die eine Mehrheit unter den bürgerlichen Parteien bei Stimmabgabe der Sozialdemokratie auch gefunden hätte (Wieso?)
 - 3. die Regierung keinen Augenblick darüber einen Zweifel lieh, daß sie diese Steuer ohne jedes Bedenken annehmen würde;
 - 4. die Regierung für Durchführung ihrer Vorlagen nur infoweg auftrat, als sie die Annahme der drohenden Reichsversammlung durch die Sozialdemokratie verhindert hat.
- An diesen Tatsachen läßt sich nichts, garnichts in Abrede stellen.“

Punkt 2 kann nur dann richtig sein, wenn das Zentrum in der Erbschaftsteuer seiner eigenen Leute nicht sicher war, anders konnte eine Mehrheit ohne die Sozialdemokratie nicht zustande kommen.

Die Verwaltungskosten der Angestelltenversicherung.

Die hohen Verwaltungskosten der neuen Angestelltenversicherung rufen selbst bei Protest ausgeprägter Blätter hervor. Der einzelne Tag der Verwaltungskosten betrug bis 1906 bis 11, in der Woche betrug. Durchschnittlich verdienen durchschnittliche Arbeiter 7 bis 8 Wfg. in der Woche, und damit können

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 14. Juli.

Erneute Steigerung der Fleischpreise.

In der zweiten Hälfte des Juni haben die Preise für Fleisch im Kleinhandel im Wochenberichtschnitt von 52 Orten gegenüber der ersten Hälfte des Juni zum Teil wieder zugenommen...

Ein Schilbbürgerstreich in Monumentalgröße!

Das ist das abschließende Urteil, das der Herausgeber des „Kunstwart“, Ferdinand Avenarius, im neuesten Hefte seiner angesehenen Zeitschrift über den Beschluß des Breslauer Magistrats zum Hauptmann...

Man konnte die Breslauer Aufführungen ablehnen, wenn man meinte, zu dieser Gelegenheit habe das noch nicht. Aber die letzten Vorstellungen zu unterlassen, nachdem man das Stück bis dahin gespielt, ging nie und nimmer an.

Als die „Volkswacht“ den Streich des Magistrats eine europäische Blamage nannte, fanden liberale Verfeinerungsräte, daß das viel zu scharf sei. Wüßler ist das Urteil eines der anerkanntesten Führer im deutschen Kunst- und Geistesleben...

Die Jahrhundert-Ausstellung.

Ausstellungs-Natur-Theater.

In der heutigen Nachmittags-Vorstellung wird das hier noch unbekannteste Lustspiel „Danns Frei“ von Otto Ludwig zum zweiten Male aufgeführt.

Fest-Konzert

in der Jahrhunderthalle.

Am Sonnabend gab es in der Festhalle das erste große Konzert. Es war so etwas wie eine Feuerprobe; sollte doch das Orchester allein zum ersten Male in dem riesigen Saal zu seinem Rechte kommen.

geht an den Nachmittagen täglich „Danns Frei“ in Szene. Montag abend „Die versunkene Glocke“.

In der Aufführung der „Versunkenen Glocke“ hat eine wesentliche Umdeutung stattgefunden. Das Rautendein wird jetzt von Fräulein Spieß dargestellt...

Der Aktor der Puzer.

Eine Innenpuzer Kolonne, bestehend aus 4 Mann hatte den Abzug eines Hauses auf der Laurentienstraße zu der vertraglich vereinbarten Pauschalsumme von 1000 Mk. übernommen.

Mit diesem Urteil war der Baumeister durchaus nicht einverstanden. Da die Klagesumme 100 Mark überstieg, legte er, soweit es sich um die Widerklage handelte, Berufung beim Landgericht ein.

Im Rettungsanguge von Ohlau nach Breslau.

Der Rasche'sche Schwimmer- und Rettungsanguge hat am gestrigen Sonntag wieder einen guten Beweis seiner hervorragenden Eigenschaften geliefert.

befchwuimen lebhaft begribt. Am Ziele, mit Hochrufen empfangen, wurde das Ehepaar Rasche mit einem prächtigen Kranz und einem Blumenstrauss bedacht.

Der flüchtige Einbrecher wieder gefaßt.

Am 18. Juni war, wie damals gemeldet wurde, der Schlosser Adolf Kretschmer wegen verschiedener Einbrüche, die er mit einem Genossen zusammen, besonders in der Nikolaivorstadt, ausgeführt hatte, von der Kriminalpolizei festgenommen...

In der Nacht zu Sonnabend haben Kriminalbeamte bis in den frühen Morgen nach ihm gesucht, und es gelang ihnen dann auch wirklich seiner habhaft zu werden.

Der Besuch des Galkenschwimmbades ist im ersten Halbjahre dieses Jahres gegenüber dem in der gleichen Zeit des Vorjahres nicht unerheblich gestiegen.

Strafbenennung. Auf Vorschlag des Magistrats hat der Polizeipräsident der Straße 109 des Bebauungsplanes der Südbühnenstraße die Bezeichnung „Kogauerstraße“ gegeben.

Straßenbahnunfälle. Am Sonnabend vormittags gegen 8 Uhr kam ein Schüler, der auf der Dhlauerstraße einen in Fahrt befindlichen Straßenbahnwagen verlassen wollte...

Die Schließung im Fahrradstehlen hat in Breslau bisher der Schühmacher Walter Urban erreicht, der bei seinem Diebstahlgeschäft vielfach unter dem Namen eines Elbboten Karl Walter aufgetreten ist.

Versehrte Einbrecher. In einer Wohnung auf der Hubenstraße drangen Diebe in einer der letzten Nächte ein. Sie wurden aber bemerkt und mußten eilig die Flucht ergreifen.

Diech beehrte Amphitheater und ein mächtiger Krang, belohnte Dirigenten und Orchester für die gebiegene Leistung. Besonders Lob verdient Herr Walter Hennrich, dessen Violin solo im „Intermezzo“ wie in der „Scheherazade“ von wunderbarer Klangschönheit war.

Bermitteltes.

Der „Reisende Wolf“, ein neues Brandgeschloß gegen Luftschiffe. Ein französischer Erfinder hat, wie aus Luftschiffkreisen geschrieben wird, ein neuartiges Brandgeschloß gegen Luftschiffe erfunden...

eine Zündpille mit einem Platinschwamm. Dieser Schwamm wird durch das austretende Gas des Luftschiffes zum Glühbirnen gebracht, und insolge dessen muß das Gas notwendigerweise in Brand geraten.

Die Zukunft Grönlands. Die beiden kleinen Forscher Aas und Kasussen und Peter Frencken, die zum Zwecke von Nachforschungen nach dem Schiffsküsten der ungeländlichen Insel Grönland...

Meine Breslauer Nachrichten.

Einbruch. In der Nacht zu Sonntag hat ein Dieb in dem Hause 4 u. l. r. a. b. 4 zwei Koffer gewaltsam geöffnet und daraus einen feinen Koffer mit 6-7 Pfd. Fleisch und 1 1/2 Pfd. Butter gestohlen. — In eine Felleiserei auf der Andriessstraße sind die Diebe in derselben Nacht eingebrochen und haben verschiedene Waren im Werte von 50 Mk. gestohlen. — Auf dem Grundstück Michaelisstraße 88 ist ein im Hofe befindliches Fühnerhaus abgebrannt worden. Der Dieb entwendete 16 Fühner, die er halb an Ort und Stelle abschlachtete.
Geftohene Einbrecher. Geftohene wurden zwei Buchdruckerhilfsarbeiter, die verschiedene Einbrüche auf der Mohngasse, Liebigstraße und Adalbertstraße ausgeführt haben, wobei ihnen eine Menge Schmuckgegenstände und andere Gegenstände in die Hände fielen. Sie versuchten auch in ein Silbergeschäft auf der Sternstraße einzudringen, sind aber verfehlt worden.

Aus Breslau (Land)-Neumarkt.

Prokau. Aufgefunden eines Kindes Leiche. Am 11. d. M., vormittags ist in einem Roggenfeld in Prokau am Volkspark die Leiche eines neugeborenen Kindes weiblichen Geschlechts aufgefunden worden. Ungefähr 10 bis 12 cm hoch und von der Mutter einfach liegen gelassen worden. Die Leiche kam schon einige Tage an ihrem Fundort gelegen haben. Die Mutter des Kindes konnte bisher nicht ermittelt werden.

Zackhnan. Die gesicherte Existenz des Landarbeiters bis ins hohe Alter. Wie die Agrarier für die alten Landarbeiter sorgen, zeigt ein Vorfall in den Gärten des Herrn von Stegmann. Einen Anecht, der schon über ein Jahr bei Herrn von Stegmann gearbeitet hat und der schon bei andern seiner Junker in die Arbeitslosigkeit, entließ diese Herr. Er mußte auch die Wohnung räumen und kam jetzt schon wochenlang im Spitzhaus, das weder Feuer noch einen Ofen hat. Natürlich ist ihm der Aufenthalt nur der Nacht gestattet. Am Tage geht der arme Mann betteln. Wie lange noch, und die Polizei wird ihn wegen Bettelns vor den Richter schleppen. Vorher hat der Mann in Breslau gearbeitet. Ob er die Ortszugehörigkeit dort erworben, entziet sich unserer Kenntnis. Offenlich weiß der Landrat die Guts- oder Gemeindeverwaltungen an, für eine bessere Unterbringung der erwachsenen Landarbeiter zu sorgen.

Aus der Jugendbewegung.

Der Kultusminister gegen den Schicksung. Wiederholt haben wir an konkreten Fällen nachgewiesen, daß bei Veranstaltungen bürgerlicher Jugendvereine der Schicksung einen bedrohlichen Umfang angenommen hat. Nun sieht sich auch der geistliche Führer der bürgerlichen Jugendbewegung in Preußen, der preussische Kultusminister, gezwungen, gegen die Spielerei mit Schicksung vorzugehen. In einem Erlass ordnet er an: Der Gebrauch von Schicksung bei Veranstaltungen für die schuluntaugliche männliche Jugend führt leicht zu Unzuchtigkeiten und Unfällen. Ich ersuche daher ergebenst, diesem Gebrauch durch Vermittlung der Jugendpflege-Ausschüsse und in sonst geeigneter Weise entgegenzuwirken.

Wenn der Kultusminister, der in der Wahl von Lockmitteln zur Gewinnung der arbeitenden Jugend eine bewundernswerte Weisheit gezeigt hat, gegen den ihm befreundeten Jugendbewegungsleiter die herbe Tonart anzuhören für nötig hält, so müssen die Jugendbewegenden es gewiß arg geziehen haben.

Ob zwar der ministerielle Erlass auf die jungdeutschen Leutnants einen Eindruck machen wird, dürfte zu bezweifeln sein. Diese Deutschen hängen viel zu sehr an ihren militärischen Tagen, als daß sie davon lassen könnten. Sie aber durch Entziehung staatslicher Unterstützung und durch strafrechtliche Verfolgungen zur Anerkennung seiner Maßnahmen zu zwingen, dazu dürfte wiederum dem preussischen Kultusminister der Mut fehlen. Warten wir es ab.

Neueste Nachrichten.

Die Türken marschieren nach Adrianopel.

Konstantinopel, 14. Juli. Die ottomanische Armee erhielt den Befehl, sofort nach Adrianopel zu marschieren. Sie verließen die Stadt unter dem Enthusiasmus der Bevölkerung. Es geht in Eilmärschen gegen Norden. Eine Abteilung türkischer Truppen ist bereits in Escharlu eingetroffen. Die Bulgaren haben Rodoslaw verlassen. In Konstantinopel herrscht fieberhafte Tätigkeit. Erneute Ver-

proplanterungsarbeiten und Abteilungen anatolischer Truppen durchqueren die Stadt. Zalaat-Bey hat gestern im Laufe des Nachmittags im Generalquartier auf der Tschaladschahlinie einen Besuch abgestattet. Neue Schreckensnachrichten treffen ein aus Dörfern, die die Bulgaren niedergebrannt haben. Die Pforte befindet sich in ständiger Verbindung mit Bulgarien, Belgrad und Bulgare.

Wien, 14. Juli. In hiesigen diplomatischen Kreisen wird bestätigt, daß die Mächte nicht daran denken zu gestatten, daß die Türkei mit ihren Truppen über die in Folge der Mediation auf der Londoner Konferenz bereits festgelegte Linie Jmas-Medla hinausgehe und sie werden deshalb einen gemeinsamen Schritt in Konstantinopel unternehmen. (?)

Russland mobilisiert?

Bukarest, 13. Juli. Trotz offizieller Dementis erhalten sich die Gerüchte, daß die an der rumänischen Grenze mobilisierten russischen Truppen mobilisiert werden und daß die russische Schwarze Meer-Flotte auf den Befehl wartet, auszuslaufen. Verhoffentlich verläutet auch, Rußland habe von Rumänien verbindliche Erklärungen über dessen Abfluten verlangt.

Die Flotte.

Petersburg, 14. Juli. In Sebastopol ist ein bulgarisches Geschwader, bestehend aus dem Kreuzer „Narjeschab“ und sechs Torpedobooten eingetroffen. Die Schiffe sollen einen Kurier mit wichtigen Briefschaften für Petersburg an Bord haben.

Hamburg, 14. Juli. Dem Unternehmen nach ist der deutsche Besanledampfer „Dubros“ von einem geächteten Kriegsschiff beschlagnahmt worden, angeblich, weil er Reis, als Kontrebände angesehen, an Bord führte.

Sofia in Erregung.

Sofia, 13. Juli. Die Aufregung der Bevölkerung nimmt immer ernsteren Formen an. Die gestrige Erklärung Danows in der Sorbonne löst allseitig auf einen scharfen Widerspruch. Man fordert dringend eine Abänderung der gegenwärtigen Politik, die unbedingt Bulgarien zu einer katastrophalen Katastrophe führen muß. Die Behörden haben große Sicherheitsmaßnahmen getroffen. Verlässliche Truppen sind in den Kasernen konzentriert. Das königliche Palais ist für die Außenwelt vollständig abgeperzt und der König empfängt nur seine engste Umgebung. Die wenigen Zeitungen, die noch erscheinen, berichten keine Nachrichten vom Kriegsschauplatz veröffentlichten.

Grausamkeiten und Opfer.

Athen, 13. Juli. Die Athener Wälder erschienen heute mit einem Trauerzerrand zum Zeichen der Trauer über die von den Bulgaren in Serres verübten Grausamkeiten und bringen einen Aufruf an die Staaten der zivilisierten Welt.

Athen, 14. Juli. In den Taschen eines Gefangenen bulgarischen Soldaten fand man abgeschlittene Frauenohren mit Ohrringen und abgeschlittene Finger mit Ringen.
Belgrad, 14. Juli. Aus Nis wird gemeldet, daß die Bewohner, die sich in die Berge geflüchtet hatten, nach und nach in die Stadt zurückkehren. Auf der Straße von Nis nach Rodoslaw haben die Serben über drei Millionen Gewehrkugeln aufgefunden. In Rodoslaw entdeckte man nach dem Abzug der Bulgaren über tausend Leichen bulgarischer Soldaten, die an der Cholera verstorben waren.

Die Greuelthaten der Bulgaren.

Athen, 13. Juli. Der König überlieferte, unabhängig von dem an die Mächte gerichteten Protest, persönlich allen Staatsoberhäuptern einen Protest gegen die Grausamkeiten der Bulgaren.

Mehr als 30.000 Personen besuchten eine Protestversammlung gegen die Greuelthaten der Bulgaren. Der Bürgermeister von Athen, Merkuris, hielt eine mit großem Beifall aufgenommene Rede. Die Versammlung beschloß, an alle Hauptstädte von Europa und Amerika eine Protestkundgebung zu senden.

Ein offizieller Bericht besagt: In Strumitsa marterten die Bulgaren die serbischen Gefangenen und verbrannten einen serbischen Offizier lebendig. Die griechische Polizei entdeckte in den Häusern der Bulgaren in Strumitsa eine große Zahl von Bomben und gestohlenen Sachen aus griechischen und muslimanischen Häusern. Bulgarische Kriegsgefangene erzählen, die Offiziere setzten ihnen am Abend vor dem Beginn in den Kasernen auseinander, der Krieg würde alle Soldaten reich machen. In den Städten, die besetzt würden, würde ihnen volle Freiheit zur Willkür gelassen, auch können sie

ten sie griechische und muslimanische Frauen ungestraft vergewaltigen.

Zum Fall Hans Müller.

Paris, 14. Juli. Dem „Temps“ wird aus Berlin gemeldet: Als die deutsche Regierung gibt es keine Hans Müller. Die Regierung hat nämlich die Beweiskraft erlangt, daß der im Jahre 1910 in Indija erschossene Hans Müller schweizerischer Staatsangehöriger war.

Schwerer Unglücksfall beim Radrennen.

Wien, 14. Juli. Das goldene Rad von Blauen wurde durch einen schweren Unfall gestört. Der Fahrer des Radrennbahnen, Herr Müller, wollte während des Rennens die Bahn überschreiten, wurde aber von dem, von dem Schrittmacher Hiltner gesteuerten Motor erfasst und zu Boden geschleudert. Hiltner und auch der Fahrer Lange wurden in den Sturz verwickelt. Alle drei erlitten schwere Verletzungen.

Die Alpen überfliegen.

Bern (Schweiz), 14. Juli. Der schweizerische Flieger Bider, der im vorigen Jahre über die Pyrenäen flog, hat gestern den seit mehreren Tagen geplanten Flug von Bern nach Mailand ausgeführt. Er flog 4 Uhr 8 Minuten in Bern auf, um 6 Uhr 7 Minuten passierte er die Jungfrau. In Comobossola ging er ohne Zwischenlandung nieder und nahm Benzin ein. Bald darauf verließ er Comobossola in der Richtung nach Mailand, wo er 8 Uhr 42 Minuten eintraf.

Noch ein schweres Eisenbahnunglück.

Paris, 14. Juli. In der Nähe des Bahnhofs Dijon stießen zwei Züge zusammen. Eine Person wurde getötet, zwei schwer und sieben und zwanzig leicht verletzt.

Wetternachrichten der Universitäts-Sternwarte.

| Nach Bresl. Zeitst. d. V. d. S. + 8 Uhr. | 13. Juli | 14. Juli | 15. Juli | 16. Juli |
|--|----------|----------|----------|----------|
| Wolken (0/100) | +18,4 | +16,1 | +13,7 | +16,0 |
| Luftdruck (mm) ort | 746,9 | 747,4 | 746,5 | 746,9 |
| Dampfdruck (mm) | 11,4 | 10,3 | 11,7 | 11,8 |
| Relative Feuchtigkeit (%) | 92 | 75 | 110 | 83 |
| Nebel (0-12) | 182 2 | 112 2 | 122 2 | 123 2 |
| Wetter | bedeckt | bedeckt | bedeckt | bedeckt |

Höhe der Niederschläge am 13. Juli 10,75, am 14. Juli 0,10 mm.
Am 12. Juli oft Regen, am 13. Juli vormittags Regen.
*) Bei Reduktion auf Meeresebene sind 13,1 mm hinzuzufügen.

Wasserstands-Nachrichten der Ober.

| Wasserstand in Höhe über Meeresspiegel in m | 13. Juli | | | | | 14. Juli | | | | |
|---|----------|--------|------------|-------------|--------|----------|--------|------------|-------------|--------|
| | Breslau | Oppeln | Wiesenburg | Brandenburg | Berlin | Breslau | Oppeln | Wiesenburg | Brandenburg | Berlin |
| 13.7 | 13,75 | 10,92 | 10,87 | 10,89 | 10,88 | 10,92 | 10,87 | 10,87 | 10,87 | 10,81 |
| 13.7 | 14,70 | 10,92 | 10,87 | 10,89 | 10,88 | 10,92 | 10,87 | 10,87 | 10,87 | 10,81 |
| Witter | 11,88 | 0,98 | 12,12 | 10,42 | 10,27 | 11,88 | 1,56 | 10,00 | 0,14 | 11,88 |

*) Auswertungshöhe f. Cottbus 8,50; für Troschen (Ober) Höhe-Niederschlag 3,27

**Schnaps ist ein Gift, das Geist und Körper ruiniert,
Schnaps kräftigt nicht, sondern führt zu vorzeitiger Erschlaffung,
Schnaps genuss schädigt den Arbeiter, füllt aber seinen ärgsten Feinden, den ostelbischen Schnapsjunkern, die Taschen.
Arbeiter, meidet den Schnaps!**

Nach kurzem, schwerem Krankenlager verschied am 11. d. Mts. unser Freund und Genosse, der Lederarbeiter
Richard Kirchner
im Alter von 83 Jahren.
Ein dauerndes Andenken bewahrt ihm
Der Sozialdemokratische Verein Brieg-Namslau.
Die Beerdigung hat bereits Sonntag, den 13. Juli, vom Trauerhaus Nonnenstrasse 19 nach dem neuen evang. Friedhof stattgefunden. [4501]

Schauspielhaus
Gesamt-Gastspiel des Berliner Theater-Ensembles.
Sonne und täglich:
Anfang 8 Uhr: 4494
„Filmfanze“.
Liebig's Etabl.
Monte, abends 8 Uhr: 411
Zug 76, Male
Breslau, so sieht man's
Im Garten: Militär-Konzert.
Viktorla-Theater.
Dir. Hugo Schaeffer. Tel. 2297
Jeden Abend 8 Uhr:
Gastspiel (1882
„Chat noir“
Berlin. Leistung. Das Nelson.
Zeltgarten.
Ständes Sommer-Partis,
Kleinenprogramm.
Sprecher: Spezialisten.
Anfang 8 Uhr: 4468

Zurückgekehrt
Dr. Werther.
Pfänder-Auktion
Donnerstag, den 17. Juli, Pfänderei-Parität, Börsenstr. 12. [4386
Berk. gekaufte kleine Möbel 4503
Sach. 5 W., Zerkl. 3 W., Komod. 3 W., Sofa 3 W., Tisch, Stuhl, 12 Stuhl, Einrichtungen von 30, 50, 70 Wk. an.
Gartenstr. 36 und Friedrichstr. 44.
Uhren
Allein
Kupfer- und Stahl-
Schlüsselmechanik
Wiedergeboren, die bestmöglichen Kopien von Hermann, 20 Pfg.
Zu beziehen durch die Expeditions- und die Kasperlhaus.
Arbeitsmarkt.
Frauen u. Mädchen in u. außer Hause können sich nach. Leuten-
Breslauer, 20-22, Straße. 4510

Jahrhundertfeier der Freiheitskriege Breslau 1913
Tagesprogramm für Dienstag, den 15. Juli 1913:
Konzert: Im Pavillon am Wasserbecken: Orchester-Veranstaltungskapelle (Mundry). Im Vergnügungspark: Stadtheaterkapelle (Müster).
Gartenbau-Ausstellung:
Karolingerarten, Burgenarten am Rhein, Gärten des Laurentius Park, Gelobens-Gärten, Bürgerlicher Barockgarten.
Japanischer Garten. Rosen-Garten.
Säulische Ausdehnung täglich von 10-7 Uhr geöffnet, umfasst 36 Räume.
Kolonial-Ausstellung. Ausdehnung f. Friedrichstadt.
Ampelband Schloß. Jagdpark-Ausstellung.
Ausstellung Breslauer Firmen.
Im Vergnügungspark 4518
u. a. tägl. von 4 Uhr an in der Regel: **Sportpreisregeln!** Große Geld- und Naturtheater: Machmittags 4 1/2 Uhr. Abends 8 Uhr: „Was ihr wollt!“ Die Ausstellung wird täglich von 8 Uhr geöffnet. **Voranzeige** Mittwoch, den 16. Juli. „Bauernhochzeit“ Die Neben Kleinen Gasse werden gehalten: im Dauernkostüm oder im weißen Festkleid zu erscheinen.

Die der Verkäuferin **Fräulein Berta Wippich** bei Herrn **Karl Kupke** Wurstfabrikant
zugefügte Besichtigung nehme ich gerne zurück und beste hierdurch Abhilfe.
Gertrud Maller Verkäuferin
Posenerstraße 71.
Die dem Fräulein **L. Anders** hierzulande, zugefügte schwere Besichtigung nehme ich hiermit als voll und ganz erbracht zurück. Jegliche öffentliche Abhilfe und warne vor Weiterverbreitung.
Hans Breslau.
Herrn **Prof. Bahlung** Kom., Gehilf., Gehilf., Verleihen, ganz nachhänge. Verschlebung betrifflich a. mündl. Wähler, Gartenstr. 30 u. Friedrichstr. 53. [4362

Robert Brüder's Festsäle, Pöpelowitz
Seite Dienstag: **Grosses Tanzkränzchen.**
Es laßt ergebenst ein 4215 **Rob. Brüder.**

Kleiner Anzeiger
Unter dieser Rubrik kosten je drei Worte **10 Pfennige.** Abonnenten haben gegen Guthaben 5 Worte frei. Das erste Wort fett. Schriftart bestimmt der Verlag. Geforderte Abweichungen bedingen Reispentpreis.
Kauf und Verkauf
Wollwäcker, Bahnerstr. 7.
offert seine hochqualit. Woll- und Baumwoll-
stoffe in 1/2, 3/4, 1/2, 1/4 Meter und Maß.
Kalkproben gratis. Täger Loteng. 4507
Abonnenten und Leser der **„Volkswacht“** können ihre Zeitung nicht allein durch das Abonnement und die Inzahlung neuer Abonnenten unterstützen, sondern sie unterstützen die **„Volkswacht“** auch dadurch, daß sie bei ihren Einkäufen die Inserenten der **„Volkswacht“** berücksichtigen und sich bei ihren Einkäufen auf die **„Volkswacht“** beziehen.
Durch alles dies wird die **„Volkswacht“** eher unterstützt.
124

Die soziale Gesetzgebung in Europa im Jahre 1912.

Ueber die Entwicklung der sozialen Gesetzgebung in Europa im verfloßener Jahre veröffentlicht das französische Arbeitsamt eine interessante Zusammenstellung.

Lohn- und Arbeitsverhältnisse

find in nicht weniger wie 10 Staaten zu verzeichnen. Das bemerkenswerthe ist wohl das auf den großen englischen Bergarbeiterstreik zurückzuführende Minimallohngesetz in England vom 29. 3. 1912 für Bergwerke, durch welches der Grundsatz des gesetzlichen Minimallohnes zur Anerkennung gelangte. Ein anderes Gesetz (16. 12. 1911), das kurz vor Beginn des Jahres in Kraft trat, sieht die Beschlagnahme von Schiffen vor, wenn die Landmannschaften nicht erpicht worden sind.
In Griechenland bestimmt ein neues Gesetz (24. Januar 1912) über die Lohnzahlung u. a., daß die Löhne in Bar und zwar wöchentlich oder dreimal monatlich bezahlt werden müssen, daß etwa geleistete Vorküsse oder Strafen höchstens bis zu einem Viertel eines Lohnes in Abzug gebracht werden dürfen. Ein anderes griechisches Gesetz (31. 12. 1911) verweist alle Lohnstreitigkeiten zwischen Unternehmern und Arbeitnehmern vor den Friedensrichter. Dadurch soll in solchen Fällen das bis dahin vermittelte schnelle Gerichtsverfahren durch das von Parteien feineret Kosten ersparnde Verfahren ersetzt werden.
In Griechenland bestimmt ein ähnliches Gesetz (17. 5. 1912) zu Vergütung die Lohnzahlung alle 14 Tage, Verbot an die Unternehmer, sich von ihren Arbeitern für Wertgegenstände wie den Selbstkostenpreis zahlen zu lassen, Verbot der Lohnzahlung in Scheinfaktoren usw. Ein weiteres Gesetz (31. 5. 1915) erhöht den nicht pfändbaren Teil des Lohnes ober der Pension.
In Italien trat ein Gesetz (14. 7. 1912) in Kraft, das den obligatorischen gewerblichen Unterricht für Kinder zwischen 12—14 Jahren, die in der Industrie beschäftigt sind, vorschreibt. Von der Kammer wurde auch ein Gesetzentwurf betr. die Errichtung höherer Handelsschulen gutgeheißen (20. 6. 1912).
Aus acht verschiedenen Ländern werden neue Gesetze berichtet, die sich mit der

Frauen- und Kinderarbeit

mit der Arbeit in Fabriken, Werkstätten, Läden, Bergwerken und den Eisenbahnen, mit hygienischen und anderen Sicherheitsvorschriften sowie mit dem wöchentlichen Ruhetage. In 7 weiteren Ländern liegen derartige Gesetzentwürfe zurzeit den Parlamenten vor.

Das schwedische Gesetz (29. 6. 1912) vereinfacht und ergänzt die alten Gesetze betr. die Regulierung der Arbeitsbedingungen. Dasselbe erstreckt sich auf alle Industriearbeiter und enthält eine Reihe von Vorschriften über die Regulierung der Arbeitsbedingungen wie auch solche hygienischer Art. Es verbietet die Beschäftigung von Kindern unter 12 Jahren in der Industrie, und die Beschäftigung von Knaben bei Bergwerksarbeiten unter 15 Jahren unter Tag (Frauen dürfen hierfür überhaupt nicht beschäftigt werden). Das Gesetz schreibt ferner vor, daß Kinder von 12—13 Jahren höchstens 6 Stunden am Tage und 36 Stunden in der Woche, solche zwischen 13—14 Jahren höchstens 8 bzw. 48 Stunden, und solche zwischen 14 und 18 Jahren höchstens 10 bzw. 60 Stunden beschäftigt werden dürfen. Im Falle einer Niederkunft ist eine sechsstündige Arbeitsruhe vorgesehen.
In Griechenland trat ein Gesetz (24. 1. 1912) in Kraft, das die Frauen- und Kinderarbeit in der Industrie regelt. Kinder dürfen nicht vor dem vollendeten 12. Lebensjahre, wenn sie mit den Eltern zusammenarbeiten, nicht vor dem 10. Jahre, beschäftigt werden. Die tägliche Arbeitszeit darf für Kinder von 14—16 Jahren 8 Stunden, für Jugendliche zwischen 14 und 18 Jahren und für Frauen 10 Stunden nicht übersteigen. An Tagen vor Sonn- und Feiertagen darf sie übrigens höchstens 8 Stunden betragen. Kindern unter 14 Jahren ist eine Zwischenpause von 1/2 Stunde, Jugendlichen und Frauen zusammen zwei Stunden (Sonntags 1 Stunde) zu gewähren. Jede Nachtarbeit ist für Frauen und Jugendliche verboten. Das Gesetz schreibt auch die Errichtung einer Fabrikinspektion vor.
Ein spanisches Gesetz (11. 7. 1912) schafft entsprechend der Berner Konvention die Nachtarbeit der Frauen in Fabriken ab. Ein anderes Gesetz (27. 2. 1912) schreibt vor, daß für das weibliche Personal in Geschäften und Bureaus Sitzgelegenheit vorhanden sein muß.
In England kam ein neues „Babengesetz“ (29. 3. 1912) zustande, das auch alle bisher bestehenden gesetzlichen Vorschriften für Babengehilfen usw. betr. Arbeitszeit, Beginn und Schließen der Geschäfte, wöchentliche halbtägiger Ruhetage usw., zusammenfaßt.
Ein schwedisches Zulassungsgesetz (6. 6. 1912) gestattet das Offenhalten von Ladengeschäften an Wochentagen nur zwischen 6 Uhr morgens und 9 Uhr abends.
In Deutschland wurde eine Bundesratsverordnung (20. 5. 1912) erlassen, welche die Beschäftigung von Kindern unter 14 Jahren in Sülken- und Holzwerken wie die Beschäftigung von Frauen in der Fabrikation untersagt. Die wöchentliche Arbeitszeit aller Personen, auf welche die Schutzbestimmungen Bezug haben, darf 60 Stunden nicht überschreiten.
In Griechenland trat ein Gesetz in Kraft (24. 1. 1912), welches den Eisen- und Straßenbahn-Gewerkschaften die Pflicht auferlegt, ihre Regularien betr. die Arbeitsbedingungen ihrer Angehörigen zunächst dem Minister des Innern zur Genehmigung vorzulegen.
Ein österreichisches Gesetz (18. 6. 1912) bezieht die gesetzlichen Bestimmungen betr. Ruhepausen, Lohnzahlung, Beschäftigung von Kindern, Kranken-, Unfallversicherung usw. auch auf die in Buchdruckereien an Kopierpressen Beschäftigten aus.
Für das Bäckereigewerbe schreibt ein dänisches Gesetz (8. 6. 1912) eine Normalarbeitszeit von 10 Stunden pro Tag für Jugendliche unter 18 Jahren, das Verbot der Nachtarbeit für Knaben unter 16 und Mädchen unter 18 Jahren, den wöchentlichen Ruhetage von 24 Stunden sowie gewisse hygienische Maßregeln vor. Dänemark hat seit dem 14. 4. 1912 auch ein Gesetz betr. die Beschäftigung ausländischer Arbeiter. Dasselbe enthält die Verpflichtung für den Arbeitgeber, ausländische Arbeiter bei der Polizei anzumelden, hygienische Vorschriften, Vorschriften über die Belegung gewerblicher Streitigkeiten usw.
Aus der Reihe der

Gesetzentwürfe

welche die gesetzgebenden Körperschaften noch beschäftigen, seien erwähnt:
Ein Gesetzentwurf in England, der die Beschäftigung von Kindern in Straßenhandeln verbietet, das Alterswachstumsalter für Knaben von 14—15, für Mädchen von 16 auf 18 Jahre erhöhen und in Städten mit mehr wie 50 000 Einwohnern die Beschäftigung der Knaben von 15—17 Jahren von der Besonderen Genehmigung abhängige machen will.
Die belgische Regierung legte der Kammer am 12. 11. 1912 eine Wändernng des Gesetzes vom Jahre 1889 über die Frauen- und Kinderarbeit vor. Danach sollen Kinder erst mit 14 Jahren statt wie bisher mit 12 Jahren zur Beschäftigung in Fabriken und Werkstätten zugelassen und die bisher diesen Bestimmungen unterworfenen Betriebe ebenfalls einbezogen werden.

Ein italienischer Entwurf (30. 3. 1912) will den Angestellten der Privatbahngesellschaften in Bezug auf Arbeitszeit, Bezüge und Pension dieselben Vorrechte sichern, welche die Staatsbahngesellschaften genießen.
Dem dänischen Parlamente wurde am 21. 11. 1911 ein Dienstbotenengesetzentwurf zur Regelung des Arbeitsvertrages, der Arbeitszeit, hygienischen Vorschriften, Wohnräume betr. Krankheitsfälle der Dienstboten usw. vorgelegt.
In Holland wurde ein Gesetzentwurf zur Abschaffung der Nachtarbeit in Bäckereien sowie zur Verbesserung des wöchentlichen Ruhetages von der zweiten Kammer am 5. 6. 1912 verwerfen.
Mit demselben Verufe beschäftigt sich ein Entwurf der österreichischen Regierung (10. 6. 1912), der für Bäckereien mit weniger wie 7 Beschäftigten eine Minimalarbeitszeit von 11 Stunden pro Tag, für alle anderen eine solche von 10 Stunden vorschreibt. Für Arbeiter, welche mindestens dreimal in der Woche Nachtarbeit verrichten, darf sie nur 8 Stunden betragen. Die Ruhepausen müssen 1 1/2, 1 oder 1/2 Stunde betragen, je nachdem die Arbeitszeit 11, 10 oder 8 Stunden ist. Die ununterbrochene Ruhezeit zwischen zwei Arbeitstagen würde 10 1/2 Stunden neben einem wöchentlichen Ruhetage von 12 Stunden betragen müssen. Nachtarbeit soll für Kinder unter sechzehn Jahren verboten werden.
In Jugoslawien wurde am 6. 5. 1912 ein Entwurf vorgelegt, der den wöchentlichen Ruhetage für Handel und Industrie vorschreibt.
Mit dem

Berufsorganisationen

beschäftigt sich auch das große rumänische Gesetz vom 27. 1. 1912 über die Berufsgruppen und die soziale Versicherung. Dasselbe sieht die Schaffung einer Zentralstelle vor, welche über die Berufsgruppen, deren Gründungsvorschriften im Gesetz niedergelegt sind, eine Aufsichtsgewalt ausübt. Meister und Gesellen müssen im Besitz ihres Gewerbebuches sein, das ihnen nach einer Prüfung ausgestellt wird. Daneben enthält das Gesetz noch andere Vorschriften über das Verhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer.
Dem englischen Unterhause legte die Regierung am 9. 5. 1912 einen Entwurf vor, der inwiefern in zweiter und dritter Leistung angenommen ist, und der die Reichsfähigkeit des Gewerkschaften ausdehnt und ihnen gestattet, Mittel für politische Zwecke aufzubringen, wenn die Mehrzahl der Mitglieder dies beschließt, dafür eine besondere Kasse gebildet wird und der Beitrag dazu nicht obligatorisch ist.
Ein Gesetzentwurf betr. die Errichtung von Arbeitsnachweisen mit staatlicher Subvention und einem Zentralarbeitsnachweise in der Hauptstadt wurde am 20. 2. 1913 dem Parlamente in Dänemark unterbreitet.
Die spanische Regierung machte am 18. 1. 1912 den Entwurf einer Reorganisation der Gewerbeämter bekannt.
In Bezug auf die Bewegung gewerblicher Streitigkeiten ist ein Entwurf von Interesse, den der norwegische Staatrat dem Parlamente unterbreitete und der das strikte Streit- und Aussparungsverbot für alle Fälle enthält, in denen es sich um die Auslegung oder Durchführung von Kollektivverträgen handelt. Solche Schwierigkeiten sollen einem besonderen Gerichtshofe, dem Arbeitsrat, vorgelegt und die Parteien gemeinsam löslich werden.
Aus dem Gebiete der

Sozialen Versicherung

wäre das folgende zu melden:
In Italien wurde die gesamte Lebensversicherung durch den Staat monopolisiert und dabei die vielen Privatgesellschaften expropriert, ohne daß ihnen eine Entschädigung gezahlt worden wäre.
In Rumänien wurde die obligatorische staatliche Kranken-, Unfall-, Invaliden- und Altersversicherung eingeführt.
In Rußland wurde am 6. Juli 1912 ein Entwurf gemacht, der sich auf die Arbeiter, Bergarbeiter, Privatbahnen, Straßenbahnen und in der Binnenverkehr Beschäftigten, aber nicht für die sogenannten Kleinindustrien tätigen Personen, die obligatorische Kranken- und Unfallversicherung einführt. Das Gesetz erstreckt sich auf das europäische Rußland und auf den Kaukasus. Die Krankenversicherung, zu der die Arbeitnehmer drei Fünftel und die Arbeitgeber zwei Fünftel der Beiträge beisteuern, baut sich auf lokalen selbständigen Krankenkassen auf. Erkrankte haben Anspruch auf freie ärztliche Behandlung während 13 Wochen, sowie auf eine Barunterstützung, die sich auf 50 bis 60 Prozent des Lohnes für solche Arbeiter, welche Angehörige zu ernähren haben, oder auf 25 bis 50 Prozent für Alleinlebende beläuft, während 26 Wochen, ferner eine wöchentliche Unterstützung bis zum vollen Lohnbetrage während 6 Wochen, sowie auf eine Begräbnisbeihilfe, die 20 bis 30 Mal so hoch ist wie der Tageslohn. Die Unfallversicherung hat dasselbe Ausdehnungsgebiet. Sie steht autonome Kassen vor, in die nur der Unternehmer Beiträge zahlt.
In Belgien wurde das Altersversorgungsgesetz für die Bergarbeiter dahin abgeändert, daß den wöchentlich entlohten Arbeitern almonarlich ein Beitrag von 2,50 Fr. abzugelassen ist.
Die schweizerische Regierung schlägt durch einen Entwurf vom 29. Oktober 1912 die Schaffung eines Bundesbureaus für die soziale Versicherung vor.
Dem italienischen Parlamente legte die Regierung am 17. Mai 1912 einen Entwurf vor, der Gegenleistungszustände mit anderen Ländern, betr. die Teilnahme ausländischer Arbeiter an einheimischen Versicherungseinrichtungen will.
In Belgien liegt dem Parlamente seit dem 12. November 1912 eine Kranken-, Invaliden- und Altersversicherungsgesetzentwurf nach dem englischen Vorbilde vor.
Das holländische Parlament beschäftigte sich im Mai und Juni mit Gesetzesvorlagen betr. Kranken-, Invaliden- und Altersversicherung, mit der Erhöhung der Eisenbahnerpension (dieselbe soll 1/2 des Durchschnittslohnes der letzten fünf Jahre betragen, doch einen Beitrag von 4 Prozent des Lohnes bedingen), mit Entwürfen der Minister des Innern und der Finanzen, wonach ein Pensionssystem für die Gemeindebeamten, ihre Witwen und Waisen geschaffen werden soll.
Eine Unterstützungskasse für die Angestellten und Arbeiter öffentlicher Betriebe schuf die jugoslawische Kammer am 19. Juli 1912. Diese Kasse ist von den Gemeinden zu verwalten.
Die belgische Regierung legte der Kammer am 17. Januar 1912 den Entwurf einer Unterstützungskasse für die in der Hochseefischer Beschäftigten vor, die Beiträge von den Beteiligten und auch von den Kommunen erhalten soll.
Der Förderung der Errichtung billiger Wohnungen, besonders auch durch staatliche Subventionen, dienen drei österreichische Gesetze vom 28. Dezember 1911.
In Belgien legte die Regierung der Kammer am 12. November 1912 einen Entwurf zur Gründung eines Bundesverbandes zur Förderung der Errichtung billiger Wohnungen vor. Sie will dadurch die Gründung lokaler Vereine für den gleichen Zweck befähigen helfen durch Vergabe von staatlichen Subventionen, entsprechend der Höhe der von den einzelnen Organisationen selbst aufzubringenden Mittel.
Ein Bureau für Arbeit und soziale Fürsorge wurde in Griechenland geschaffen.
Zum Schluß sei noch eine Vorlage der schwedischen Regierung erwähnt, welche die Errichtung eines sozialen Bureaus mit fünf Unterabteilungen für kollektive Arbeitsverträge, Erwerbslosengeld, Arbeiterlohn, Krankenkassen und Unfallbericht.

Aus dieser gedrängten Uebersicht geht leider auch hervor, daß die Entwicklung der sozialen Gesetzgebung in fast allen Ländern recht langsam vor sich geht und in einigen noch völlig im Anfangsstadium ist. Der fortschreitenden modernen Arbeiterbewegung aber muß und wird es gelingen, auch hier überal einen rascheren Fortschritt zu erzwingen.

Parteiangelegenheiten.

104 Verhaftungen!

In den verfloßenen sechs Monaten des Jahres 1913 wurden gegen sozialdemokratische Redakteure nicht weniger als 104 Urteile gefällt. Es wurden in dem genannten Zeitraum an Strafen verhängt: 80 Monate 8 Wochen Gefängnis und 10 745 Mk. Geldstrafe. Der Monat April weist den höchsten Stand der Verhaftungen auf, der Januar den niedrigsten.
Auch für die Arbeiterpresse ist 1913 ein „Opferjahr“.

Ueber den neuen sozialdemokratischen Fraktionssekretär bringt der „Berl. Lok.-Anz.“ und ihm folgend die ganze bürgerliche Presse eine alberne Falschmeldung. Der „Totalanzeiger“ schreibt in seiner Sonnabend-Ausgabe:

„Wie wir erfahren, wird im Reichstagswahlkreis Stuttgart demnächst eine Ersatzwahl erforderlich werden. Der bisherige Vertreter, Reichstagsabgeordneter Hildebrand, wird an Stelle des verstorbenen Abg. Zielsch zum Sekretär der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion gewählt werden, siedelt infolgedessen nach Berlin über und beabsichtigt, sein Mandat zum Reichstage und zum württembergischen Landtage niederzulegen. Wenn man bedenkt, daß verschleierte sozialdemokratische Abgeordnete, die ihren ständigen Wohnsitz in Berlin haben, auswärtige Wahlkreise im Reichstage vertreten, so wird man wohl zu dem Schluß berechtigt sein, daß der angegebene Grund nur ein Vorwand ist. Hildebrand ist den Stuttgartener Genossen radikaler Färbung längst ein Dorn im Auge und von ihnen wiederholt aufs Schärfste bekämpft worden. Hierin dürfte die eigentliche Ursache seiner Mandatniederlegung zu erblicken sein.“

Dieser bemerkt der Vorwärts: „Der „Vollst.“, der das zusammengeschiebene hat, gehört zu der Kategorie der über-schlaun Leuten, die die Fische husten hören. Die Wahl des Fraktionssekretärs ist einzig und allein Sache unserer Fraktion. Und da der Reichstag erst im November wieder zusammentritt, wird die Wahl auch nicht früher stattfinden. Ob diese auf Genossen Hildebrand fallen wird, weiß heute noch kein Mensch. Im allerwenigsten aber hat das Amt eines Fraktionssekretärs irgend etwas mit dem Mandat zu tun.“
Inzwischen verbreitet die Presse das folgende neue Gerücht: Die in den letzten Tagen gebliebenen Unterhandlungen wegen Eintritts des Reichstagsabgeordneten Hildebrand in die Leitung der Volksfürsorge haben zu einem positiven Ergebnis geführt. Hildebrand wird im kommenden Herbst nach Hamburg übersiedeln. Sein Reichstagsmandat in Stuttgart-Stadt behält er bei, dagegen will er sein Landtagsmandat für den Stuttgart-Bezirk niederlegen.

Gewerkschaftsbewegung.

Ueber Gewerbehygiene

enthält der Bericht über das Gesundheitswesen im preussischen Staat nur wenig. In der Tat wird dieses Kapitel ja ausführlicher in den Berichten der Gewerbe-Inspektoren behandelt. Immerhin werden auch von den Robiginialbeamten einzelne große Dinge berichtet. Vor allem wird über gesundheitswidrige Unfallschäden in Schlachtereien und Bäckereien gefasst. In einem besonders schlimmen Fall in Charlottenburg war die nötige Beleuchtung des Arbeitsraums nur zu erreichen durch ständige Offenhaltung der Tür eines Klosets, das unmittelbar daran steht. Im Regierungsbezirk Potsdam: wie in manchen anderen Bezirken werden Schlachthäuser manchmal noch zu Hauswäschkäse und Fleischpfel zum Kochen schmutziger Wäsche benutzt. In einer Metzgerei des Regierungsbezirks Siedlin wurde die Butten in einem Raum aufbewahrt, der zugleich als Schlafraum für einen Angestellten diente. In mehreren Landkreisen des Regierungsbezirks Merseburg wurde bei einer nennenswerten Anzahl von Bäckereien die gleichzeitige Benutzung der Raucher als Wohnzimmer oder Küche festgestellt.

In Schneidereien und Nähereien, die junge Mädchen beschäftigen, findet vielfach eine übermäßige Ausnutzung der Arbeitskräfte statt. Im Regierungsbezirk Danzig waren in einzelnen Schuhmachereien und Damenschneidereien die gesundheitlich sehr ungünstig liegenden Arbeitsstellen derartig überfüllt, daß sie geräumt werden mußten. In einer Weisnäherei in Stendal mußten die jungen Mädchen dicht gedrängt in zwei Zimmern in je 3 Reihen mit dicht nebeneinander gestellten Maschinen sitzen, von denen je 2 durch eine Petroleumlampe beleuchtet wurden. Lüftungsvorrichtungen fehlten.
Die unterjochten Unfälle waren 1911 zahlreicher als im Jahre zuvor. In den gewerblichen Anlagen einschließlich des Bergbaus betrug ihre Zahl 26.950 (1910 nur 25.736). Im Bergbau kamen 1417 tödliche Unfälle vor (1910 nur 1354), davon 1176 in Steinlochergruben, 93 im Braunkohlenbetriebe, 70 im Erzbergbau und 78 im Abbau anderer Mineralien.

Von besonderer Wichtigkeit sind die Gesundheitsbeschädigungen der Arbeiter durch den Gewerbebetrieb. Im Kreis Ostst. wurden in zwei Instanzen und einem Zirkulationswerk die Arbeiter auf Bleierkrankungen untersucht. 64 Prozent der Untersuchten hatten den sogenannten Bleisaum. Gesundheitsgefährlich wirkt der Staub in den Zementfabriken. Namentlich werden die Atmungsorgane angegriffen. Der Zementstaub soll sich nach den Aussagen der Arbeiter schwerer auf die Lungen legen und asthmatische Beschwerden verursachen. Allerdings sind schwere Beschädigungen der Atmungsorgane nicht beobachtet worden, was aber wohl nur daran liegt, daß die Arbeiter es nicht lange in den Zementfabriken aushalten. Im Koblenzer Bezirk leiden die Steinbauer vielfach an Tuberkulose. Bei der Fabrikation elektrischer Glühlampen kam es in Berlin in einem Fall, aus Anlaß der Bedienung von Quecksilberluftlampen, zu einer Quecksilbervergiftung. Im Kreis Opperl. erkrankten in einer Thomas-Flaschenfabrik innerhalb kurzer Zeit 6 Arbeiter an Augenentzündung, woran 3 von ihnen starben. Stark scheint die Tuberkulose unter den Zigarrenarbeitern zu wüten, besonders unter den weiblichen. So im Kreis Angermünde, im Stabberger Bezirk, im Regierungsbezirk Siedlin u. a. Im Kreis Siedlin wurden 263 Geimarbeiterstätten für Zigarren untersucht. Nur 99 Mal wurde der Arbeitsraum bezüglich der Fabrikation am häufigsten wurde der Staub in der Wohnstube, nicht selten sogar in der Küche oder in der Schlafstube und im Zimmer, wo Kranke lagen, verbreitet; selbst hustende Augenkrankheiten arbeiteten oft in solchen Arbeitsstätten. Eine hohe Stube mit an Tuberkulose wurde auch bei den Schuhmachern in Neustadt (Ostpreußen) festgestellt. Der Kreisarzt führt sie zurück auf die überlange Arbeitszeit (bis zu 17 Stunden täglich) bei einem Besuchslohn von 11—15 Fig. pro Stunde und bis insoweit bestenfalls ständige Ernährung und Bewahrung. Die Arbeiter leben häufig an Hungers- und Schlaflosheit. Eine sehr hohe Sterblichkeit greift sich unter den Zigarrenarbeiterinnen im Kreis Danzig. Sie wird nicht direkt auf die Arbeit, sondern auf ungesunden und unzureichende Ernährung zurückgeführt.

Die Entwicklung der Lohnkämpfe im Jahre 1912.

Die amtlichen Statistiken über die Streiks und Ausperrungen, so mangelhaft sie auch sonst sein mögen, dokumentieren eine interessante Entwicklung der Lohnkämpfe der Arbeiterklasse. Was zunächst die Streiks anbetrifft, so gibt darüber folgende Tabelle Auskunft:

| Jahr | Streiks | Wochen | Arbeiter |
|------|---------|---------|-----------|
| 1907 | 3 437 | 58 912 | 228 285 |
| 1908 | 10 321 | 118 480 | 449 688 |
| 1909 | 16 246 | 272 218 | 618 1 493 |
| 1910 | 4 774 | 68 332 | 208 487 |
| 1911 | 8 278 | 155 690 | 419 908 |
| 1912 | 10 640 | 217 890 | 797 1 188 |

Im allgemeinen zeigt die Tabelle, daß mit dem Steigen und Fallen der wirtschaftlichen Konjunktur auch die Lohnkämpfe zu- und abnehmen. Die Jahre der guten Konjunktur zeigen eine weit größere Zahl bestreikter Betriebe und streikender Arbeiter als die Jahre der Krise. Aus der Tabelle ist aber auch nicht schwer zu ersehen, daß die Arbeitseinstellungen während der Zeit des guten Geschäftsganges weit günstiger abschließen, als in der Zeit des Scheiterns.

Besondere Eigenheiten zeigt das Jahr 1912. Die Zahl der von Streiks betroffenen Betriebe ist zwar gegenüber dem Vorjahr etwas zurückgegangen; dafür ist aber die Zahl der Streikenden erheblich gestiegen. Das ist ein Beweis, daß im Jahre 1912 die Lohnkämpfe sich vorwiegend in den großen Betrieben abspielten. Das Jahr 1912 zeigte eine noch nie dagewesene Zahl von Ausständigen und stellte somit einen „Rekord“ auf. Was freilich den Erfolg der Kämpfe anbelangt, so trat, wenn die amtliche Statistik recht hat, gegenüber dem Vorjahr ein Rückgang ein. Immerhin ist die Zahl der erfolgreichen Streiks noch erheblich größer als die der verlorenen.

Von den von den Unternehmern vorgenommenen Ausperrungen haben folgende Gestaltung erfahren

| Jahr | Ausperrungen | Wochen | Arbeiter |
|------|--------------|---------|----------|
| 1907 | 945 | 10 305 | 30 7 |
| 1908 | 1 115 | 28 760 | 44 33 |
| 1909 | 2 780 | 77 109 | 88 174 |
| 1910 | 1 758 | 43 718 | 100 69 |
| 1911 | 10 834 | 214 129 | 81 1010 |
| 1912 | 1 933 | 138 354 | 73 146 |
| 1912 | 2 558 | 71 780 | 98 218 |

Danach zeigen die Ausperrungen die allgemeine Tendenz einer Zunahme, gute Konjunkturjahre wirken hier eher auf eine Zurückhaltung der Kampflust der Unternehmer. Die Niedrigzahlen des Jahres 1910 sind der großen Bauarbeiterausperrung zu danken. Der „Erfolg“ ist für die Unternehmer im allgemeinen ein recht zweifelhafter.

Der Zentralverband der Handlungsgehilfen im Jahre 1912.

Nach dem gedruckt vorliegenden Jahresbericht hat der Handlungsgehilfenverband seine Mitgliederzahl von 2987 auf 18.489 Mitglieder erhöhen können. Der Leiter des Verbandes ist am 1. Januar d. J. erfolgt, in welchem hat sich der Verband 20.000 Mitglieder weit überschritten. Die Einnahmen stiegen von 188.873 Mk. im Jahre 1911 auf 245.499 Mk. im Jahre 1912. Die Ausgaben vergrößerten sich in demselben Zeitraum von 174.598 Mk. auf 229.998 Mk. An Stellenlosenunterstützung wurde an 519 Mitglieder 15.809 Mk. gezahlt. Die Ausgaben für Unterstüßungszwecke werden im laufenden Jahre erheblich anwachsen, denn mit dem 1. Juli 1913 hat der Verband Kranken- und Unglücksunterstützung, sowie Sterbegeld neu eingeführt und die Stellenlosenunterstützung erheblich ausgebaut. Die Stellenvermittlung des Verbandes kann sich mit denen der bürgerlichen Handlungsgehilfensverbände durchaus messen. Sie konnte im Berichtsjahre von 3055 vorgemerkten Bewerbungen 1322 placieren. Von den Lohnbewegungen führten 69 zum Abschluß von Tarifverträgen. Die Gesamtzahl der Ende 1913 in Kraft befindlichen Tarife betrug 119, die sich auf 7838 Personen erstrecken. Unter den gewerkschaftlichen Kämpfen ist besonders eine Bewegung im Warenhaus Louvre in Straßburg i. E. bemerkenswert. Hier wurde unter anderem die gängliche Befestigung der Geldstrafen erreicht.

Auf sozialpolitischem Gebiete erfolgte der Kampf um die Behebung der Verhältnismännerspoßen in der Angehörigenversicherung die größten Fortschritte. Die freie Vereinnung für die soziale Versicherung der „Privatangestellten“, der auch der Zentralverband der Handlungsgehilfen angehört, hat bekanntlich bei diesen Kämpfen eine große Rolle gespielt. Gegen Ende des Berichtsjahres setzte der Kampf um die völlige Beistellung der Konkurrenzklauseel besonders lebhaft ein. Der dem Reichstag von der Regierung vorgelegte Gesetzentwurf über die Konkurrenzklauseel hat heute eine Erledigung. — Der Jahresbericht zeigt recht deutlich, daß die freigewerkschaftliche Handlungsgehilfensbewegung auf dem Vormarsch ist. Hoffen wir, daß die gute Entwicklung anhält.

Der Textilarbeiterverband im Jahre 1912.

Von einer so guten Hochkonjunktur, wie sie in den Zahlen für die gesamte Volkswirtschaft zum Ausdruck kommt, kann in der Textilindustrie für das Jahr 1912 nicht gesprochen werden. Die Berichte der allmählich von den Ortsherren in den Betrieben über den Beschäftigungsgrad, und, soweit es das Arbeitsmaß möglich ist, über die Geschäftslage dem Vorstande erlassen werden, lassen keinen Zweifel, daß mit Ausnahme der Spinnereien, Wollereien, Zwilchern, Seiden- und Samtbetrieben die Beschäftigung oft recht viel zu wünschen übrig ließ. Die Ende des Jahres 1911 allgemein bemerkbare Besserung des Beschäftigungsgrades hielt nicht an. Die Baumwoll- und Wollspinnereien haben unter der Krise am meisten gelitten. Diese Spinnereien sind bei weitem nicht imstande, den deutschen Samtbedarf zu decken. Aus diesen Umständen resultiert die fortwährend gute Beschäftigung bei den Spinnereien. Dagegen waren einige andere Branchen, Jute, Seid- und Seide, fast in Ansehung zusammen.

Die Mitgliederzahl des Verbandes stieg von 82.981 männlichen, 48.445 weiblichen, zusammen 131.427 Mitgliedern im Jahre 1911 auf 87.884 männliche, 54.750 weibliche, zusammen 142.634 Mitglieder im Jahre 1912. Die Zunahme beträgt 11.207 Mitglieder. Die ständig zunehmenden Zahlen der weiblichen Mitglieder beweisen, daß die Arbeiterinnenbewegung im Gewerbe unaufhaltsam vorwärts schreitet.

Die Einnahmen und Ausgaben des Verbandes betragen mit 4.186.028 Mk. Der Passivbestand lag bei 1.464.263 Mk. auf 1.694.057 Mk. Für Unterstützungen veranschlagt der Verband: Krankenunterstützung 368.445 Mk., Arbeitslosenunterstützung 143.631 Mk., Sterbensunterstützung 17.221 Mk., Leibesunterstützung 11.426 Mk., Streikunterstützung 708.065 Mk., Geschäftsreisenerückhaltung 42.277 Mk., Unglücksunterstützung 13.784 Mk., Sonstige Unterstüßung 10.205 Mk., Restbetrag 11.024 Mk. Neben diesen Unterstützungen ist der Kampf um tarifpolitische Verbesserungen, um günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen im Vordergrund zu stehen. Das Jahr 1911 wurde die Organisation 223 Bewegungen in 263 Betrieben mit 70223 Beteiligten. Davon waren im Jahre 1912 226 Bewegungen in 766 Betrieben mit 75.835 Beteiligten zu verzeichnen. Der Verlauf der Kämpfe ergibt sich aus der Tabelle. Die Verhandlungen und Arbeitsbedingungen sind wesentlich günstiger als im Vorjahr.

stärker als im Vorjahr. Insgesamt wurde bei allen Bewegungen erreicht für 16.651 Personen 49.760 Stunden Arbeitszeit-Verzögerung pro Woche, für 36.558 Personen 43.107 Markt-Lohn- Erhöhung pro Woche, außerdem für 3910 Personen bessere Verhältnisse bei der Überzählung und für 22.731 Personen sonstige Verbesserungen des Arbeitsverhältnisses. Tarife wurden 18 für 2280 beteiligte Personen abgeschlossen.

Im Vorjahre sind von den Mitgliedern an Beiträgen 2.174.814 Mk. geleistet worden. Nimmt man diesen Betrag als verbendes Kapital für das Jahr 1912, dann ist er fast reiflos den Mitgliedern in Form von Lohn- Erhöhungen wieder zugeflossen. Die ideellen Werte in Form der Arbeitszeit-Verzögerung sind den Lohn- Erhöhungen mindestens gleich zu achten. Dazu kommen noch rund 1.358.000 Mk. an die Mitglieder gewährte Unterstützungen.

Trotzdem werden sich auch in diesem Jahre wieder „bezahlte Forderungen“ finden, die sich im Schweiße ihres Angesichts abmühen, um den Textilarbeitern nachzuweisen, daß ihnen die Organisation gar nichts nützen kann. So manche Lohnforderung kommt heute schon ohne weiteres mit den Mitteln beglichen werden, die viele Textilarbeiter dem „glorreichen Reichsverband“ und seinen Schreibern zuführen. Das Geld, das für diese vermeintlichen „Organisationsarbeiten“ ausgegeben wird, trägt nach keiner Seite hin Zinsen. Der Textilarbeiter-Verband wächst an Zahl der Mitglieder von Jahr zu Jahr, und damit wachsen auch seine Erfolge.

Stadt und Provinz.

Achtung, Gewerkschafts- und Parteigenossen! Die Zivilmister sind mit dem Gaudium Robert Engmann in Rosenthal in Differenzen geraten. Unorganisierte Musiker spielen das Orchester. Die Ortsverwaltung.

Eine öffentliche Versammlung der Schirmarbeiter- und Arbeiterinnen

Am Sonntag im Gewerkschaftshaus statt. Der Verband der Schirmarbeiter hat sich dem Holzarbeiterverbande. Es galt die Brestläuer Schirmarbeiter- und Näherinnen dem Verbande anzuschließen.

Gewerkschaftssekretär Kunkle hielt einen Vortrag über die Geschäfte der Heimarbeit, die er eingehend schilderte. Auch in der Schirmindustrie sei die Heimarbeit vorwiegend. Sie zu bekämpfen, und bessere Erzeugnisse für die Heimarbeiter zu schaffen, sei die Aufgabe der Organisation. Es sei anzustreben, daß der Heimarbeiter so im Lohn stehe, wie der Arbeiter in der Werkstatt und in der Fabrik. Der Heimarbeiter entbehere auch jeden Schutz. Alles das, was die Regierung für diese Armen geleistet hat, sei erst gegeben, nachdem auf dem Heimarbeiter-Kongress die traurigen Verhältnisse bekannt geworden sind. Rückwärts schreite das Kapital über Not und Elend hinweg. Das soziale Empfinden der Industriellen verlagte vollständig, wenn es sich um den Profit handelt, darum müssen die Kollegen und Kolleginnen Hand anlegen, sich zusammenzuschließen und unausgesetzt für Verbesserung der Lage kämpfen. Jedem muß es einleuchten sein, daß der Einzelne nichts erreichen kann, nur im Zusammenhange liegt die Macht.

Kunkle verbreitete sich auch über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Schirmarbeiter, die durchaus verbesserungsbedürftig sind. Da sie einem großen Verbände angeschlossen sind, können ihre Interessen besser wahrgenommen werden. Die Ausführungen fanden reichen Beifall. Der Versammlungsleiter Kollege Bernhart forderte die Kollegen auf, sich zu organisieren.

Deutsches Reich und Ausland.

Die Hasen- und Holzplagarbeiter in Düsseldorf und Neuß streiken seit dem 1. Juli d. J. im Streik. Die Unternehmer beabsichtigen Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen und eine die Arbeiter materiell schädigende Änderung des Lohnsystems einzuführen. Es wird dringend ersucht, Zugang von Arbeitern nach dem Streikgebiet fernzuhalten.

Erfolgreiche Lohnbewegungen im Sattlergewerbe. In der Koffer- und Lederwarenfabrik der Firma Richard Müller-Eberfeld kam ohne Arbeitseinstellung ein für zwei Jahre geltender Tarifvertrag zustande.

Ebenfalls ohne Arbeitseinstellung konnte in der Röllner Wagenbranche ein dreijähriger Tarifvertrag gefestigt werden.

Die Arbeiter der Karosseriefabrik Peter Sedl in Gera stehen nunmehr drei Wochen im Streik.

Die Linoleumleger und Teppichnäherer Berlins haben geschlossen, den am 1. September d. J. ablaufenden Tarifvertrag auf zwei Jahre zu verlängern, wenn die Löhne durchschnittlich um 10 Prozent erhöht und den im Betriebe Beschäftigten drei Tage bezahlter Erholungsurlaub gewährt wird.

Schienen, Posten und Raubbargebiete.

Schweidnitz, 14. Juli. Mädchenmord eines Marine-Soldaten. In der Nähe des Dorfes Zwickau ist am Sonnabend früh ein Mädchenmord entdeckt worden. Dort wurde die Tochter des Tischlermeisters Schroeder erdrosselt im Felde aufgefunden. Das Mädchen hatte am Abend zuvor einer Theaterprobe in einem Gastloose in Zwickau beigewohnt. Als Mörder kommt der Marine-Soldat Köhriert in Betracht, der in Kiel dient. Köhriert verbrachte bei seinen Eltern in Tscheden bei Schweidnitz einen vierzehntägigen Erholungsurlaub. Die vom Staatsanwalt in Schweidnitz angestellte Untersuchung ergab, daß zwischen dem Mädchen und dem Mörder an der Werdstelle ein Kampf stattgefunden haben muß. Es steht außer Zweifel, daß Köhriert, der gestern Abend aus Zwickau verschwand, der Mörder ist. Köhrierts Urlaub war vorgestern abgelaufen; er nahm von seinen Angehörigen Abschied, um nach Kiel zurückzufahren. Er ist aber nicht dorthin gefahren, sondern hat sich nach Schweidnitz und von dort nach Zwickau begeben. Gestern Abend traf er dort das Mädchen, das er von früher kannte, und forderte es zu einem Spaziergang auf. Von diesem Spaziergang kehrte das Mädchen nicht mehr zurück. Das Motiv der Tat scheint Eifersucht zu sein. Der Mörder ist am Nachmittag in der Nähe von Zwickau verhaftet worden.

Reichenbach, 14. Juli. Aushebung. Das diesjährige Fuchsbaujahr findet am 15., 16. und 17. Juli im Gasthof zum „Goldnen Stern“ statt.

525. Stiftungsfest. Eine der ältesten Innungen Eschlebens, die die Fuchsbau-Innung, feiert am Dienstag, den 15. d. M. ihr 525. Stiftungsfest im Gasthof „zum Steinbreich“. Mit dem Gewerbe wird freilich nun auch die Innung bald aufhören.

Wolfsburg, 14. Juli. Sensationelle Verhaftung. Großes Aufsehen erregt hier die auf offener Straße durch einen Postbeamten bewirkte Verhaftung des 44-jährigen Grafen Sommer von Trampe aus Norwegen. Der Graf wollte in einigen Tagen mit einer hiesigen Dame seine Verlobung feiern. Es stellte sich heraus, daß er von der Staatsanwaltschaft in Braunschweig zur Verhaftung einer nicht näher bekannten Person verurteilt worden war. In keinem Bericht befinden sich nur geringe Vermutungen.

Kamrau, 14. Juli. Erschossen. Sonnabend Nachmittag schloß sich im Zuge von Breslau kurz vor der Station Kamrau in einem Abteil dritter Klasse der Schützen Oskar von der. Er von der Leberung zurückkehrte, eine Revolverkugel in den Mund und verlegte sich lebensgefährlich. Das Motiv zur Tat ist unbekannt.

Aus Oberloosen.

Aus den Berichten der Bergbehörden. Für das Bergrevier Süd-Gleiwitz berichtet Herr Bergamann in seinem Bericht über die Zahl der Beschäftigten um 177 Köpfe und betrug 17.290, davon 15.066 auf

ben drei fiskalischen Gruben. Der Bericht sagt, daß ausländische Arbeiter, besonders Galizier und Ruthenen, nicht genügend vorhanden waren. Die hiesigen Arbeiter wollen von diesen „Mittelberuher“ erst recht nichts wissen, denn der Bericht sagt: „Trotz der Erweiterung der vorhandenen Arbeiterkolonien konnten nur wenige inländische Arbeiter herangezogen und angestellt werden.“

Wie fast jedes Jahr, so gab es auch im Berichtsjahr auf den fiskalischen Gruben einen Streik und zwar waren 5 Tage lang 5418 Mann daran beteiligt. Die Forderungen achtstündiger Schicht und 15 Prozent Lohn- Erhöhung ist nicht erreicht, aber einige berechnete Wünsche sollen erfüllt worden sein.

Das Vergewerbergericht ist nur von Arbeitern 16 Mal in Anspruch genommen und zwar nur wegen Lohnforderungen.

Die Zahl der beschäftigten Arbeiterinnen ist von 166 auf 161 zurückgegangen; aber die Zahl der jugendlichen Arbeiter — zwischen 14 und 16 Jahren — von 591 auf 880 gestiegen. Der Bericht sagt hinzu, daß diese Steigerung nur auf den Arbeitermangel zurückzuführen ist.

Die Zahl der Unfälle ist natürlich wieder um 109 gefallen. Von den 2580 Unfällen endeten 18 mit dem sofortigen Tode. Jeder sagt der Bericht über die Unfälle bei den Arbeiterinnen und den jugendlichen. Recht interessant sind die Angaben über die Löhne. Diese betragen pro Schicht im Durchschnitt:

| | 1911 | 1912 | |
|-------------------------------------|------|------|--------|
| Häuer | 5,21 | 5,38 | + 0,18 |
| Förderleute | 3,48 | 3,59 | + 0,10 |
| Zimmerhauer, Maurer, Masch.-Wärter, | | | |
| Muschläger | 4,84 | 4,80 | - 0,04 |
| Sonstige Arbeiter unter Tage | 3,25 | 3,43 | + 0,08 |
| Tagelöhner | 8,29 | 8,88 | + 0,09 |
| Jugendliche Arbeiter | 1,08 | 1,07 | - 0,01 |
| Arbeiterinnen | 1,20 | 1,14 | - 0,06 |

Durchschnitt für alle Arbeiter Mk. 3,16 3,24 + 0,07

Diese Löhne sind mehr als erbärmlich, denn die Staatsbetriebe bleiben mit ihren Durchschnittslöhnen gegenüber den privaten Gruben im Bezirk Nord-Gleiwitz um 60 Pf. pro Schicht und Arbeiter zurück. Das bedeutet, daß die 17.260 Köpfe starke Belegschaft pro Tag 1037,40 Mk. und pro Jahr mal 300 Arbeitstage gleich 311.220 Mk. weniger erhält als auf den miserabel behandelten Gruben der v. Donnermark und v. Ballesirem im Revier Nord-Gleiwitz. Die Herren von den fiskalischen Musterebetrieben bis hin zum Minister Dr. Sydow aber wundern sich dann, wenn ihre Arbeiter wieder einmal streiken.

Die unglaublich niedrigen Löhne haben denn auch zur Folge, daß die Arbeiter direkt Not leiden. Der Bericht sagt: „Für Milderung der Notlage von Arbeitern, Invaliden etc. wurden auf den Staatswerken aus Mitteln des Staates und der Arbeiterunterstützungskasse 22.950 Mk. zur Verfügung gebracht.“ Das belagert alles. An Löhnen gegenüber der Privatindustrie entzieht man den Arbeitern über 800.000 Mk., um ihnen dann großzügig 22.950 Mk. zu schenken. Dieser „Geschenke“ Betrag wieder ist reichlich durch Strafen, Lohn- Einhaltungen etc. aufgehoben. Leider sagt der sehr dürftige Bericht davon kein Wort.

Im Revier ist das Wesen der Werkwohnungen im vollsten Maße, denn es gibt dort 1361 solcher Wohnungen; ferner sind in acht Schlafhäusern noch 830 Mann kaserniert.

Dann kommt die übliche Lobhudel wegen der großen Kartoffeln und dem schönen Kraut, dem guten Fleisch und dem wohlgeschmeckten Seefischen. All das soll zum Selbstkostenpreis abgegeben worden sein. An sich ist das ja auch nicht anders denkbar, denn sonst wären die Arbeiter ja direkt verhungert.

Dieser Bericht, so dürftig er ist, spricht Hände und zeigt deutlich, daß auf den fiskalischen Gruben die schlechtesten Verhältnisse sind. Dafür aber ist die Bestimmungsschneidelei umso größer. Wann endlich werden die Bergarbeiter das erkennen?

Struppen, 14. Juli. Grubenunfälle. Infolge Verschüttung sind wieder verschiedene Bergleute schwer verunglückt: Auf der Heimhaube der Häuer Waschel aus Köbberg, dem ein Arm gebrochen wurde; auf dem Carnallitfreudeschacht der Bergarbeiter Mika aus Roslawo-wa. Dieser erlitt einen Verbruch. Der auf der Schleifengrube verunglückte Häuer Josef Wolow aus Charlottenhof trug schwere Rückenverletzungen davon.

Katowitz, 14. Juli. Preussische Behörden im Russendienst. Festgenommen wurde hier der russische Staatsangehörige Mischel Joch, der von einem russischen Infanterieregiment desertiert ist. Er wurde dem Ausweisungskommissar zur Ausweisung übergeben.

Garze, 14. Juli. Einem frechen Einbruchsdiebstahl fielen in Borstwert die Grubenarbeiter Josef Greiner, H. Michalski und Julius Wolny zum Opfer. Ihre Spinde im Schlafhause wurden erbrochen und drei Portemonnaies mit Inhalt gestohlen.

Gyantschau, 13. Juli. Verbrannt. Unter den Trümmern zweier, in Gyantschau niedergebrannten Gebäude wurde ein Soldat, anscheinend ein Deserteur, der sich verborgen hielt, aufgefunden.

Radzionkau, 14. Juli. Unnatürliche Mutter. Eine Arbeiterin vom hiesigen Dominium erstickte ihre neugeborenen Zwillinge im Bett und schaffte die toten Kinder in die Leichenhalle. Jetzt ist die Arbeiterin verhaftet und dem Deutshener Gefängnis zugeführt worden.

Myelowitz, 13. Juli. Verunglückt. Auf der Renardgrube wurde der 11-jährige Jan Sibilngra von einem Kohlenwagen überfahren. Er erlitt am rechten Fuße schwere Verletzungen und wurde in das Sosnowicer Spital gebracht.

